

Berlin S. 10. 6
Lindenstr. 3, d. Sp. IV.

5 Pfennig

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumeration: Vierteljährlich 2.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 35 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstausg. 1894.

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die leistungsfähigsten Kolonialgebiete aber deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebrauchte Ware 20 Pf. (zuletzt 20 Pf. gebrauchte Ware), jedes weitere Wort 10 Pf. St. Gegenstände und Schiffsvermietungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch - Druckerei
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 1. Oktober 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erbitterte Kämpfe in der Champagne und den Argonnen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 30. September 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind setzte seine Durchbruchversuche gestern nur in der Champagne fort.

Südlich der Straße Menin - Ypern wurde eine von zwei englischen Kompagnien besetzte Stellung in die Luft gesprengt.

Nördlich Boss schritt unser Gegenangriff langsam vor. Südlich von Souchez gelang es den Franzosen an zwei kleineren Stellen, in unsere Linien einzudringen; es wird dort noch gekämpft. Ein französischer Zeilangriff südlich Arras wurde leicht abgewiesen.

Zwischen Reims und Argonnen waren die Kämpfe erbittert.

Südlich Ste. Marie à Py brach eine feindliche Brigade durch die vorderste Grabenstellung durch und stieß auf unsere Reserven, die im Gegenangriff dem Feinde acht-hundert Gefangene abnahmen und den Rest vernichteten. Alle französischen Angriffe zwischen Straße Somme-Py - Souain und Eisenbahn Challerange - St. Menesould wurden gestern, teilweise im erbitterten Nahkampf, unter schweren feindlichen Verlusten abgewiesen. Heute früh brach ein starker feindlicher Angriff an der Front nordwestlich Massiges zusammen. Nördlich Massiges ging eine dem flankierenden feindlichen Feuer sehr andächtige Höhe (191) verloren.

Auf den übrigen Fronten fanden Artillerie- und Mörserkämpfe statt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Südlich von Danaburg ist der Feind in die Seeungen östlich von Wesselow zurückgedrängt.

Die Kavalleriekämpfe zwischen Druswatz-See und der Gegend von Postawj waren für unsere Divisionen erfolgreich.

Ostlich von Smorgon ist die feindliche Stellung im Sturm durchbrochen; es wurden tausend Gefangene (darunter sieben Offiziere) gemacht und sechs Geschütze, vier Maschinengewehre erbeutet.

Südlich von Smorgon dauert der Kampf an.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 30. September. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Die Berichte gestatten, die Bedeutung der durch unsere Offensive in der Champagne, die mit der Offensive unserer Verbündeten im Artois kombiniert ist, erzielten Erfolge täglich vollständiger zu ermessen. Die Deutschen waren nicht nur gezwungen, auf einer ausgedehnten Front ihre mächtig verschanzten Stellungen aufzugeben, in denen bis zum Ende zu widerstehen sie Befehl hatten, sondern sie erlitten auch Verluste, deren Gesamtheit an Toten, Verwundeten und Gefangenen den Bestand von drei Armeekorps übersteigt. Die Gesamtzahl an Gefangenen beträgt jetzt über 23000. Die Zahl der abtransportierten Kanonen beträgt 79. 17550 Gefangene und 310 Offiziere sind durch Chalons gekommen und werden nach ihrem Internierungsorte geleitet. Nach und nach wird das Schlachtfeld gesäubert und werden die Waffen aller Art, das Schützengrabensmaterial und das Parkmaterial, das der Feind im Stiche lassen mußte, gesäubert. Im Artois dauerte der gestern gemeldete Fortschritt östlich von Souchez bis zum Abend und im Laufe der Nacht an. Wir haben nach erbittertem Kampfe die Höhe 140, den beherrschenden Punkt der Klämme von Vimy und die südlich davon gelegenen Gärten erreicht. Die Zahl der unterwundenen Gefangenen, die im Laufe dieser Unternehmung gemacht worden sind, übersteigt 800; sie gehören zumeist den zwei Garde divisionen an. In der Champagne dauert der Kampf, ohne nachzulassen, auf der ganzen Front an. Im Gebiete nördlich von Massiges haben sich neue Gruppen von Deutschen ergeben; die Gesamtzahl erreichte bis zum Abend in einem einzigen Abschnitt etwa tausend. Keine bedeutende Aktion auf der übrigen Front. Der Feind besaß unsere Schützengräben nördlich und südlich von der Klämme, in den Gebieten des St. Marcialwaldes, von Trohon und von Bailly fest. Wir antworteten energisch.

Notiz des W. L. B.: Obwohl der Bericht in seinen Uebersetzungen ungewöhnlich weit geht, geben wir ihn, unserem Grundsatze entsprechend, ebenso wie die bisherigen, ohne jede Verklärung wieder.

Paris, 30. September. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Die Kämpfe dauerten den ganzen Tag auf den Höhen zwischen Souchez und Vimy an. Wir be-

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Feindliche Zeilangriffe gegen viele Abschnitte der Front wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe des Generals v. Cinnigen.

Die Russen wurden am oberen Kormin in östlicher Richtung zurückgeworfen; es wurden etwa 800 Gefangene gemacht. Zwei russische Fluggenossen wurden abgeschossen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 30. September. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 30. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Lage in Ostgalizien, an der Itwa und an der Putilkowa ist unverändert.

Im Sumpfland des Korminbaches erkämpften österreichisch-ungarische und deutsche Truppen mehrere Stützpunkte, wobei 4 russische Offiziere und 1000 Mann in Gefangenschaft fielen. Zwei feindliche Flieger wurden herabgeschossen.

Die L. u. L. Streitkräfte in Litauen wiesen russische Angriffe ab. Die Kämpfe führten stellenweise zum Handgemenge. Der Gegner erlitt große Verluste.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Westfront wurde in der vergangenen Nacht im Adamellogebiete gekämpft. Ein Angriffsversuch des Feindes auf den Pass westlich der Cima Presena wurde durch unsere Artillerie abgewiesen. Auch bei der Mandronhütte mußten die Italiener nach mehrstündigem Gefecht zurückgehen. Auf der Hochfläche von Vielgereuth griffen sie gleichfalls nachts unsere Stellungen zweimal vergebens an.

Ebenso scheiterten an der Rätiner Front nächtliche Angriffe auf unsere besetzten Linien westlich des Bombasgrabens (bei Pontasel).

Die Kämpfe bei und nördlich von Tolmein dauern fort. Vor dem Krzlj Brj wich der Feind in seine alten Stellungen zurück; gegen Dolje griff er wiederholt an, wurde aber stets abgewiesen. Heute früh begann das italienische Artilleriefeuer gegen den Raum von Tolmein, das schon gestern sehr lebhaft war, von neuem.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschallleutnant.

haupteten alle eroberten neuen Stellungen. In der Champagne wurde andauernd heftig vor den Aufnahmestellungen des Feindes gekämpft, sowie um die Verminderung des Vorsprungs nördlich von Le Mesnil, wo sich deutsche Abteilungen noch behaupten. Wir rückten auf den Hängen des Hügel von Tahure in der Umgebung des Dorfes sowie nördlich Massiges vor. Weiderseitiges ziemlich heftiges Bombardement im Priesterwalde im Walde von Apremont.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 30. September. (W. L. B.) Der Große Generalstab berichtet vom 29. September: In der Gegend nordwestlich von Friedrichstadt griffen die Deutschen ohne Erfolg die Dörfer Tichusch und Vigger nordwestlich von Virschallen an. Wir wiesen diese Angriffe mit Geschütz- und Kleingewehrfeuer ab. In der Gegend von Danaburg geht das Geschützfeuer ohne Unterbrechung weiter. Wir wiesen durch unser Feuer deutsche Angriffe ab. An der Front Dorf Setem, Swenten und Medmissee dauert der Kampf an. Einige weniger bedeutende Gefechte fanden in der Gegend des Dorfes Roziann statt. In der Gegend nördlich von Kretwo und südlich Oshmjany griff der Feind energisch unsere Truppen an und drängte sie etwas zurück. Südlich des Pripej griff der Feind mehrmals Gzartorysk an. Die Angriffe wurden anfangs abgeschlagen, dann aber gelang es dem Feinde dank seiner Verstärkungen trotzdem, und auf das rechte Ufer des Styr zurückzutreiben. Am 28. September eröffnete der Feind ein wütendes Feuer und griff dreimal das Dorf Neu-Aleksin an, aber dreimal waren wir ihn durch konzentriertes Geschütz- und Gewehrfeuer zurück. In der Gegend des Dorfes Ruptschin an der Strypa westlich von Tarnopol verstärkte sich das Artilleriefeuer. Nach einem erbitterten Kampf bemächtigten sich unsere Truppen feindlicher Schützengräben und eines feindlichen Verteidigungspunktes westlich von Kobatschu. In Verfolgung ihrer Offensive griffen unsere Truppen nach einer sehr starken Artilleriebereiterung an und bemächtigten sich nach Durchdringung von Drahtverhauen feindlicher Schützengräben östlich des Dorfes Ruptschinge.

Sturm in Ost und West.

Von Richard Gable.

Berlin, 28. September.

Auf den großen Angriff der Franzosen im Westen mußte man längst gefaßt sein; er lag in der Luft, in der Natur der Dinge. Hofften sie überhaupt noch eine positiv günstige Entscheidung erzwingen zu können, so war es höchste Zeit zum Losbruch, so durften sie nicht so lange warten, bis der größte Teil unseres Ostheeres zu anderen Entscheidungen verfügbar wurde. Auch der Verlauf der Ereignisse auf dem Balkan drängte sie zu dem gleichen Entschlusse. Große Erfolge im Westen, wenn möglich ein glänzender Sieg, machten die Rücksicht auf das Ansehen des Viererbundes in der Welt dringend wünschenswert.

Man kann sich daher nur wundern, daß der große Angriff so spät erfolgt ist. Angekündigt war er ja Monate vorher und oft genug. Wenn er so lange auf sich hat warten lassen, so dürfen wir die Ursache darin sehen, daß der solide und vorsichtige Koffre erst die erforderlichen Menschen und vor allen Dingen die erforderliche Munition bereitstellen wollte. Menschen und Munition! Das sind die Voraussetzungen für die mörderische Arbeit eines modernen Angriffs. Darin liegt auch der eigentliche Kern der sogenannten Munitionsfrage, die in Frankreich, England, Rußland so viel Staub aufgewirbelt und zu scharfen Angriffen auf die Heeresverwaltungen dieser Länder Anlaß geboten hat. Die Wahrheit ist, daß an sich, nach den Erfahrungen früherer Kriege die Munitionsvorrichtung genügend gesichert war. Aber dieser Krieg verschluckte, je länger, je mehr, so ungeheure Mengen an Geschossen, daß vorher selbst die kühnste Phantasie darauf nicht gefaßt war. Die feine Schießkunst, die sich während des Friedens auf allen Schießplätzen herausgebildet hatte, versagte vor den großen Anforderungen der Schlacht — mit möglichst wenig Munition möglichst große Wirkungen zu erzielen, galt vorher für das Zeichen des geübten Artilleristen. Die Beobachtungen aus der Luft und die geänderten Nachtverhältnisse hatten aber inzwischen die Bedingungen des Schießens gründlich geändert, sie hatten ein rasch einsehendes Massengefecht möglich gemacht; und dieses Massengefecht wieder erzwang sich sofort als der wirksamste Faktor in der Schlacht. Auf ihm und der überherrschenden Gewalt der Geschosse beruht die Bedeutung der modernen Artillerie in der Schlacht. Der Angriff erlangte die Ueberlegenheit nicht nur über die Festungen, sondern auch über die Feldbefestigungen. Die ungeheure Zahl der herausgeschleuderten Geschosse ebnete die Schützengräben ein, wusch sie sozusagen vom Erdboden fort, zerstörte die Drahthindernisse, durchschlug die Unterstände und erschütterte die Kerben der Männer. Alle Teilnehmer, die je unter den furchtbaren Schlägen dieses Trommelfeuers gestanden haben, schildern übereinstimmend seinen entsetzlichen Eindruck.

Das aber machte die Munitionsvorrichtung mit einem Schlage zu einem der schwierigsten Probleme des Feldherrn und der Kriegsverwaltung hinter der Front.

Wenn die Franko-Engländer dem Ansehen ihres Angriffs ein fünfzigstündiges, stellenweise siebzigtündiges Trommelfeuer vorhergehen ließen, so darf man annehmen, daß allein hierfür jedes dazu eingesetzte Geschütz 1000 Schuß verbraucht haben mag — das wären in 8-4 Minuten je ein Schuß, während die Feuererschmelzzeit selbst noch der mittleren Kaliber das Zehnfache beträgt. Natürlich hat dieses Trommelfeuer nicht die vollen vierundzwanzig Stunden eines Tages hindurch angehalten, sondern ist in der Nacht durch ein Deunruhigungsfeuer — d. h. Verschießen der Anmarschwege und der Ortschaften hinter der Front — abgelöst worden. Aber immerhin kann man sich eine Vorstellung machen von der Höhe des Munitionsverbrauches, von der Geschossmenge, die für die große Schlacht bereit gestellt werden mußte. Die französische Heeresleitung wird nach den früheren Erfahrungen doch mit einer wenigstens vierzehntägigen Dauer der Kämpfe aller Wahrscheinlichkeit nach von vornherein gerechnet haben.

Das Vorbereitungsfeuer der gegenwärtig wütenden Schlacht hat nach den Berichten des deutschen Generalstabes auf der ganzen 600 Kilometer langen Front vom Meer bis zu den Vogesen stattgefunden; der Angriff selbst wurde auf zwei weit voneinander entfernten Gebieten gleichzeitig unternommen, in zwei wohlbestimmten Wetterwinkeln dieses Stellungskrieges: einmal auf der 75 Kilometer langen Front in der Champagne zwischen Proignes (20 Kilometer südöstlich Reims, an der Chaussee Reims-Suippes - St. Rénehoult) bis Ville s. Tourbe (westlich des vielgenannten Viennelle Château am Westrand der Argonnen). Besonders in der Champagne scheint er mit außerordentlicher Entschlossenheit und Schnelle durchgeführt zu sein, der deutsche Generalstab gesteht zu, daß hier eine deutsche Division bei Perthes, in der Mitte der Front, ihre Stellung habe räumen müssen und auf die 2 bis 3 Kilometer nördlich liegende zweite Stellung zurückgegangen sei. Der Bericht Joffres spricht von Erfolgen noch an anderen Punkten; er will auf seinem linken Flügel Epine de Bedegrange erobert haben, ein Geschütz an der Straße St. Hilaire - St. Souplet, 8 Kilometer östlich Antérie, und auf dem rechten Flügel das Geschütz „Raifons de Champagne“, 2 Kilometer südöstlich des Dorfes Ripont. Diesen Namensnennungen würde dann seine Behauptung annähernd entsprechen, daß er die Deutschen auf eine Front von 25 Kilometern

zurückgedrängt habe. Man kann das dahingestellt sein lassen; jedenfalls ist ihm am folgenden Tage eine weitere Ausdehnung seines Erfolges nicht gelungen; die Deutschen haben ihre zweite Stellung behauptet. Natürlich wird der Kampf hier weitergehen. Oben und drüben muß man die Waffen für die weiteren Ereignisse bereit stellen, die Geschütze für die neue Kampffront verschieben.

Im Westen hat der feindliche Angriff auf einem großen Teile der Front keine Erfolge gehabt. Nur gegen Arras hin, östlich der von Engländern gehaltenen Stellung Vermelles—Grenay, ist dieser Einbruch in unsere erste Linie auf seinem beschränkten Raume zu beiden Seiten von Loos geblüht, ein sofortiger Gegenangriff hat ihr weiteres Vorgehen zum Stehen gebracht. Der Kampf geht hier gegenwärtig um die Rückeroberung unserer vorderen Stellung. Weiter südlich griffen wieder die Franzosen mit großer Festigkeit an; sie wollen das Dorf Souchez, am Fuß der blutgetränkten Loretohöhe, nach lebhaftem Kampfe genommen und auch sonst Fortschritte gemacht haben. Der deutsche Bericht gesteht nur die freiwillige Räumung von Souchez zu. Aus den Mitteilungen des Marschall French geht hervor, daß er die Offensive der Engländer hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte einer Unterstüßung des französischen Angriffs betrachtet hat, um deutsche Reserven auf sich zu ziehen. Zutrauen wäre diese Art wohlwollender, bewaffneter Neutralität auf dem Schlachtfelde den Engländern schon; es ist aber auch möglich, daß er seinen Bericht zur Bemäntelung seiner geringen Erfolge abgefaßt hat. Doch auch hier ist der Kampf noch nicht beendet. Die Zahl der Gefangenen auf beiden Seiten zwischen Arras und Ypern scheint sich ziemlich auszugleichen; in der Champagne aber wollen die Franzosen 16 000 unverwundete deutsche Gefangene gezählt haben, während wir bisher nur 3900 Franzosen als gefangen aufweisen. In halbamtlichen Erklärungen deutscher Zeitungen werden die Angaben Joffres als übertrieben bezeichnet.

Man hat den Eindruck, daß diesmal wirklich ein ernstes Angriffsversuch vorliegt, mit dem Ziele, unsere Stellung an irgendeinem Punkte zu erschüttern und zu durchbrechen. Aus diesem Grunde müssen wir auf weitere starke und umfassende Vorstöße Joffres gefaßt sein. Nach der Länge der Front, auf der er bisher angegriffen hat, und nach früheren Erfahrungen wird man die Stärke der von ihm für beide Schlachtfrenten eingesetzten Truppen auf mindestens 16 bis 20 englische und französische Armeekorps berechnen müssen.

Auch die Russen im Osten sind in diesen Tagen an den verschiedensten Stellen ihrer Front zum entschlossenen Gegenstoß vorgegangen; sie scheinen vor allen Dingen die bedenkliche Lage ihres Heeres um Wilna durch scharfe Angriffe gegen die deutschen Umfassungslinien entlastet zu haben. Aber auch General Ruzski im Norden ist immer wieder über die Dina hinüber zum Angriff vorgebrochen und hat auch die Verteidigung seiner Stellung um Dünaburg höchst aktiv geführt. Man muß weitere Nachrichten abwarten, ehe man den Stand der Dinge im Nordosten beurteilen kann.

Die kraftvolle Offensive des Generals Ivanow, die er mit großen Verlusten ungefähr am den 6. September gegen die Heere des Erzherzogs Friedrich zuerst in Ostgalizien und dann in Wolhynien begann, scheint sich in den letzten Tagen erschöpft zu haben. Ihr Ergebnis war, daß er den weiteren Vormarsch der verbündeten Armeen drei Wochen lang aufhielt und sie an einigen Stellen zurückgedrückt hat. Auch hier werden wir abwarten müssen, ob er noch stark genug ist, im Gebiet der Festung Rowno und am Sereth die Verteilung fortzusetzen oder ob nun der österreichische Heerführer seinerseits versuchen wird, den kleinen Rest von Galizien zurückzugewinnen, der noch in der Hand des Gegners ist.

Die Beschließung, die deutsche und österreichische schwere Artillerie von den Nordufeln der Donau und der Save gegen befestigte serbische Städte am 19. September begonnen hat, hat bisher keine Fortsetzung gehabt und einen neuen Angriff gegen Serbien, von dem so viel geredet wird, bisher noch nicht eingeleitet. Auch hier können erst die Ereignisse selbst über die Absichten der verbündeten Heerführung volle Klarheit schaffen. Nur will es scheinen, als ob im Osten wie im Westen der Atem der kriegerischen Ereignisse bald lebhafter gehen wird. Wir werden auf allen diesen Kriegsschauplätzen der Entscheidung näher kommen.

An den Dardanellen hingegen und in Italien herrscht nach wie vor verhältnismäßige Ruhe; die Berichte Cadornas erzählen seit Wochen mit der gleichen Einformigkeit von italienischen Erfolgen, die doch seit 4 Monaten keine irgendwie merkbare Veränderung der Kriegslage haben mit sich führen können. Ein energieloser Krieg, dabei nicht ohne blutige Opfer, in dem man wesentlich auf die Siege der anderen rechnet und es schon als großen Erfolg betrachtet, einige hunderttausend Oesterreicher von wichtigeren Aufgaben ferngehalten zu haben.

Sperre der französisch-schweizerischen Grenze.

Paris, 30. September. (B. L. V.) Meldung der Agence Havas. Auf Ersuchen der Militärbehörden ist die französisch-schweizerische Grenze zurzeit für den Personenverkehr von Frankreich nach der Schweiz gesperrt worden. Die Beförderung von Briefen, Telegrammen und Postpaketen, einschließlich für Kriegsgefangene, nach der Schweiz wird augenblicklich gleichfalls eingestellt. Außerdem können Telegramme nach gewissen Ländern ebenfalls, jedoch nicht länger als 48 Stunden, zurückgehalten werden.

England gebraucht noch 900 000 Rekruten.

Haag, 20. September. (B. L. V.) Der „Nieuwe Courant“ meldet aus London: Hauptmann Guest habe in der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärt, nach seiner Berechnung würden die Engländer in den nächsten zwölf Monaten 1 400 000 Mann an der Front haben müssen, dazu an Reserven 1 700 000, zusammen 3 100 000 Mann. Wenn man die gegenwärtige Stärke des Heeres in Rechnung stelle, ergebe sich, daß im nächsten Jahre noch 900 000 Mann angeworben werden müßten. Wenn die Regierung Gewißheit geben könnte, daß sie 20- bis 25 000 Mann wöchentlich durch Freiwilligen-Verbahrung aufbringen könne, würde er und seine Freunde sich zufrieden geben. Diese Rede wurde von den Gegnern der Dienstpflicht heftig kritisiert und selbst einige ihrer Anhänger verließen zum Zeichen der Unzufriedenheit mit der Art, wie Asquiths Wunsch außer acht gelassen wurde, den Saal.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 30. September. (B. L. V.) Amtlicher Heeresbericht von gestern: Im Abschnitt von Tolme in hat der Feind, den wir auf der Höhe von Santa Maria immer härter bedrängt hatten, in den Nächten auf den 26. und auf den 29. September gegen unsere Stellungen zwei überraschende Angriffe verübt, wurde aber beide Male zurückgeschlagen. Gestern nacht griffen Abteilungen unserer Gebirgstruppen Stellungen des Feindes, die sich in der Richtung auf die Sperrforts des Arn gegen Tolmein hingezogen, an.

Es gelang ihnen, den Feind an einigen Stellen mit schweren Verlusten zurückzujagen und ihm sechzig Gefangene und zwei Maschinengewehre abzunehmen. Im Jonjo wurden drei schwimmende Minen aufgespürt, die die Oesterreicher immer noch auslegen, um unsere Brücken zu beschädigen. Cadorna.

Zur Explosion des „Benedetto Brin“.

Rom, 30. September. (B. L. V.) Laut „Messaggero“ fanden bei der Explosion des Linienschiffes „Benedetto Brin“ der Kommandant Kapitän Farasanti und der Fregattenkapitän Canedo den Tod. Von Offizieren wurden nur die Ingenieure und drei Verzte gerettet. Gegenüber den Überlebenden wurden außerordentlich strenge Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß sie vor dem offiziellen Bericht mit dritten Personen sprechen.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 30. September. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront ist die Lage unverändert. Am 27. September brachten unsere Küstenbatterien ein feindliches Torpedoboot in der Gegend des Kerevizdere zum Sinken und beschossen wirksam die feindlichen Stellungen an der Küste von Sedd ul Bahr. In der Nacht vom 27. zum 28. September überraschten unsere nach verschiedenen Richtungen ausgesandten Erkundungsabteilungen eine feindliche Abteilung in einem Hinterhalt, machten sie zum Teil nieder und nahmen den anderen Teil gefangen. Sie schlugen andere Erkundungskolonnen, die sie angetroffen hatten, in die Flucht und erbeuteten eine Anzahl Gewehre und Munition. Bei Sedd ul Bahr erwiderte am 28. September unsere Artillerie kräftig das Feuer verschiedener feindlicher Batterien, die einen Augenblick lang unsere Stellungen beschossen hatten und brachten sie zum Schweigen. Von den anderen Stellen ist nichts zu melden.

Vom Balkan.

Die französische Presse für scharfes Vorgehen gegen Bulgarien.

Paris, 29. September. (B. L. V.) Die Presse erklärt, die energische Sprache, die die Diplomatie des Vierverbandes jetzt in Sofia führe, werde Bulgarien dahin aufgeklärt haben, daß es nur durch eine sofortige Rückgängigmachung der Mobilisierung den Vierverband zufriedenstellen könne. Das Zaudern Bulgariens sei nur ein Manöver, um die Mobilisierung ruhig beendigen zu können und dann verräterisch — wie im Jahre 1913 — unversehens über Serbien herzufallen. Es sei zweifellos, daß Griechenland seine Pflicht als Bundesgenosse Serbiens erfüllen und sich gegebenenfalls der Landung von Truppen der Alliierten in Saloniki nicht widerlegen werde. „Echo de Paris“ schreibt: Die Bulgaren täuschen uns, wie die Deutschen, die Oesterreicher und die Türken uns getäuscht haben. Heute muß man Bulgarien eine kurze Frist stellen, um zu demobilisieren oder mit uns zu brechen. Denn wenn Bulgarien die sofortige Demobilisierung verweigert, dann erfüllt es die Bedingungen, welche Sir Edward Grey als eine Begründung für den Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen aufgestellt hat. Wir können nicht abwarten, bis Bulgarien seine Stunde wählt. Es ist notwendig, daß französische und englische Truppen in Mazedonien gelandet werden und daß wir dadurch bezeugen, daß wir zu unseren serbischen und griechischen Bundesgenossen und Freunden halten. Es ist notwendig, daß ein Manifest des Jaren, des Enkels jenes Jaren, welcher Bulgarien das Leben gegeben hat, feierlich das bulgarische Volk auf den Verrat aufmerksam macht, der in seinem Namen begangen wird. Es ist notwendig, daß russische Soldaten um jeden Preis in den serbischen Reihen kämpfen. — „Main“ schreibt, wenn die Armeen der Alliierten nach Serbien gingen, so sei es nur, um Serbien gegen einen doppelten Angriff zu schützen, aber keineswegs um einen Angriff gegen Oesterreich-Ungarn auszuführen, an den man zweifellos seit einem Jahre schon öfters gedacht habe, den man aber aus politischen Gründen stets ausgeschaltet habe.

Delcassé verspricht Serbien Unterstützung.

Paris, 30. September. (B. L. V.) Meldung der Agence Havas. Ministerpräsident Viviani und der Minister des Äußern Delcassé wurden gestern vormittag von dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der sich auch mit der Frage der Dardanellenexpedition befaßt, gehört. Nach der Sitzung wurde keine amtliche Mitteilung ausgegeben. Immerhin wird versichert, daß Delcassé, ebenso wie dies Sir Edward Grey am Tage zuvor im englischen Unterhause getan hat, den Entschluß der alliierten Mächte förmlich bekräftigt habe, Serbien zu unterstützen, falls es angegriffen werden sollte.

Die griechische Mobilisation.

Athen, 30. September. (L. U.) Der gesamte Eisenbahnverkehr mit Serbien, Bulgarien und der Türkei ist völlig unterbrochen. Eine baldige Wiederaufnahme des Betriebes wird auffallenderweise nur für Bulgarien und die Türkei, nicht aber auch für Serbien in Aussicht gestellt. Der Schiffsverkehr der griechischen Linien ist eingestellt, da alle Dampfer für Heereszwecke gearbertet wurden. Die Gendarmerie ist gleichfalls mobilisiert, und der Polizeidienst auf dem Lande wird durch Kadetten versehen. Die meisten Schulen im Lande sind geschlossen und mit Truppen belegt. Die Hafenbehörden in Saloniki haben strenge Vorschriften über Aus- und Einfahrt in den Hafen erlassen. Jedes Schiff, das die Vorschrift nicht befolgt, wird beschossen. Man erwartet eine Einschränkung des privaten Telegrammverkehrs.

Keir Hardies Testament.

Im März dieses Jahres schrieb Keir Hardie, damals schon ein kranker Mann, seinen letzten Artikel, der gleichzeitig im „Labour Leader“ und im „Glasgow Forward“ erschien. Sein Titel lautet „Patriotismus gemessen in Millionen“, und er behandelt den Vorteil, den gewisse kapitalistische Kreise aus dem Kriege ziehen. Der Schluß aber, wo Keir Hardie noch einmal das Grundprinzip seiner Politik vertritt, daß die Arbeiterklasse sich nur selber befreien kann und sich daher von den bürgerlichen Parteien unabhängig halten muß, klingt wie ein Vermächtnis und ein letzter Appell an das englische Proletariat:

„Ich schreibe, indem ich die Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiter auf die Tatsachen lenke, daß Imperialismus, Militarismus und Patriotismus während des letzten halben Jahrhunderts ungefähr 200 Millionen Pfund Sterling im Jahr durch Kapitalanlagen im Ausland dem Raub der Finanzklassen hinzugefügt haben, und daß diese Summe in jedem Jahre rapide wächst. Der gegenwärtige Krieg hat zugeführt und wird zuführen viele Milio-

nen im Jahr dem Besitz der gewerbe- und handeltreibenden Klassen. Die Firmen, die der Flotte Schiffe liefern, und die Kanonen bauen, große und kleine, häufen einen Reichtum auf größer als es je einen gegeben hat hier und im Auslande. Unsere Banken und unsere millionenschweren Kapitalinvestoren werden allein aus den für England notwendigen Kriegsanleihen 80 Millionen Pfund im Jahr ihren Einkommen hinzufügen, und sie werden diesen Betrag noch erheblich steigern durch die Anleihen, die den Verbündeten und den neutralen Ländern gewährt werden.

Das ist die Belohnung der Reichen und Wohlhabenden — der patriotischen Imperialisten. Und die Arbeiter: wo sind ihre Gewinne? Der Arbeiter macht jetzt viel Ueberstunden und leistet viel Stückerbeit. In den meisten Fabriken bekommt er Lohnerhöhungen oder einen Zuschlag, der ihm über die gestiegenen Lebenskosten hinweghelfen soll, und die meisten seiner Führer belehren ihn, es sei eine Tugend, sich ohne viel zu fragen, den Anordnungen der Regierung zu fügen.

Aber der Krieg wird zu Ende gehen, und wie wird dann die Lage der Arbeiter sein? Die Löhne werden nach einer gewissen Zeit unvermeidlich sinken, und die besitzende und herrschende Klasse, die zurzeit so stolz ist auf den Patriotismus des Arbeitsmannes, wird noch immer obenauf sein. Ihre Einkommen aus den Anlagen in den Kolonien und im Ausland werden immer noch wachsen. Ihre Zinsen aus den Kriegsschulden werden nicht bedroht sein, aber der Arbeiter und der kleine Geschäftsmann werden die Jange spüren und jeder von jenen „Patrioten“ wird seine ganze Kraft aufbieten, um den Arbeitsmann in den Niederungen des Lebens zu halten, in die ihn Gott gestellt hat.“

Keir Hardie beklagt dann, daß die sozialistischen Parteien dem Krieg gegenüber versagt hätten, aber er sieht in den Streikbewegungen in England ein Zeichen des Erwachens.

„Wenn dieses Erwachen beschleunigt werden kann, wenn die Führer der arbeitenden Klasse frei heraus sagen werden, daß Liberale und Konservative gleichmäßig den Finanzleuten den Rücken decken und den Krieg unterstützen und deshalb gleichmäßig daran interessiert sind, den Arbeiter niederzuhalten, dann wird in der Tat die Wendung kommen. Die Demokratie wird sich aus ihrer gegenwärtigen hilflosen Abhängigkeit erheben und eine wirkliche Macht werden.“

Wenn der Krieg nur noch eine verblässhende Erinnerung an ein blutiges Traumberge sein wird, und wenn wir wieder den realen Dingen des Lebens ins Angesicht schauen, dann wird sich eine große und mächtige Agitation zugunsten der vollständigen Befreiung der Demokratie erheben. Männer und Frauen werden in einer Reihe stehen und so die Kontrolle über die innere und auswärtige Politik gewinnen und die Herrschaft derer brechen, für die Imperialismus und Militarismus Reichtum und Macht bedeuten. Sie werden das Volk in allen Ländern zur Herrschaft berufen und so einem Geschlecht, das lange gelitten hat, Ueberflut, Frieden und Eintracht bringen.“

Der Prophet hat von weitem das Land der Verheißung geschaut, das zu betreten ihm nicht vergönnt war. Aber hoffentlich werden sich andere finden, die denen, an die seine letzten Worte gerichtet waren, als Führer auf dem rechten Wege vorangehen.

Textilarbeiterstreik in Italien.

Milano, 30. September. (B. L. V.) Der „Secolo“ meldet, daß die Weber gestern früh in Lugano, Gallarate und Busto Arsizio wieder Streikversammlungen abhielten. Ungefähr 35 000 Weber seien ausständig. Gestern früh hätten sich die Gemeindevorsteher des Auslandsgebiets verammelt, um über den schweren Streik zu verhandeln und die Möglichkeit einer Verständigung zu prüfen. Die Vertreter der Webereigesellschaft und der Arbeiterpartei seien dabei getrennt gehört worden. Für heute früh seien gemeinsame Verhandlungen zwischen den Vertretern der Industriellen und den Textilarbeitern angesetzt.

Die holländische Thronrede.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die Thronrede, womit die Königin am 21. die parlamentarische Session eröffnet hat, beschränkt sich auf Gesichtspunkte der nationalen Politik. Die Sorge, die im vorigen Jahre das Land bedrückte — nämlich, ob es gelingen werde, der Gefahr, in den Krieg hineingerissen zu werden, zu entgehen — findet diesmal keinen Ausdruck, und wenn zweifellos diese Gefahr nicht als unbedingt überwinden gelten kann, so bleibt doch die Erwartung gerechtfertigt, daß die vorsichtige und zugleich entschlossene Unabhängigkeits- und Neutralitätspolitik Hollands auch weiter von den kriegführenden Mächten respektiert werden wird. Ist durch diese Politik das Kriegselend vom Lande ferngehalten worden, so zeigt sich auch, wie die Thronrede feststellt, die wirtschaftliche Lage erheblich günstiger als im vorigen Jahre: „Obzwar auch jetzt das wirtschaftliche Leben durch den Zustand Europas noch stark gedrückt ist, kann doch mit Befriedigung darauf hingewiesen werden, daß sich der Acker- und Gartenbau im allgemeinen in einem günstigen Zustand befinden.“ Tatsächlich machen die Agrarier und die mit ihnen in Beziehung stehenden Handelskreise ausgezeichnete Geschäfte. Auch sonst ist die Geschäftslage, abgesehen vom Hafensbetrieb, vom Baugewerbe und von der Diamantindustrie, nicht schlecht oder, wie die Thronrede sagt, „konnten die nachteiligen Folgen der verschiedenen Schwierigkeiten für Handel und Gewerbe beschränkt und die Geschäfte möglichst in Gang erhalten werden.“ Die Weberei lieferte für die große Fahrt günstige Ergebnisse, für die kleine allerdings sehr ungünstige, auch die Lage der Seefischerei ist befriedigend. Der im vorigen Jahre sehr schlechte wirtschaftliche Zustand in Niederländisch-Indien gibt jetzt „keine Gründe zu Beforgnis“.

Auf die Staatsfinanzen hat natürlich die internationale Lage, durch die außerordentlichen Ausgaben und die dauernde Verschuldung von Heer und Flotte — von einer Erleichterung der persönlichen Lasten der Mobilisation wird nichts gesagt — sehr ungünstige Wirkungen geübt. Sie geben Anlaß zu einer Reorganisation des Steuerwesens, die zugleich die längst dringende Sanierung der Gemeindefinanzen anbahnen soll. In welchen Linien sich die Reform bewegen soll, erfährt man aus der Thronrede allerdings nicht.

Weiter stellt die Thronrede im Hinblick auf das Ins-Leben-Treten der Invalidenversicherung die allgemeine Reform der sozialen Versicherung in Aussicht. Daß eine Marinestärke vorlage angekündigt und einseitig eine „Erhebung“ des Flottenmaterials geplant wird, kann in diesen Tagen nicht überraschen.

Von großer Wichtigkeit für die innere Politik könnte die Unabhängigkeit werden, daß die früher angekündigten Entwürfe zur Reform des Staatsgrundgesetzes vorgelegt werden sollen. Die Ankündigung, worauf sich die Thronrede bezieht, geschah 1913 mit den Sätzen: „Die Verfassungsreform zur Verleihung des Wahlrechts an alle männlichen Niederländer von einer bestimmten Lebenszeit (mit festzustellenden Ausnahmen) und zur Aufhebung der verfassungsmäßigen Beschränkung der Zuerkennung des Wahlrechts an Frauen soll ohne Verzug vorbereitet werden.“

Nach der Regierung mit diesem bedeutenden Reformprogramm Ernst — und es wird ihr nicht an Rählern fehlen — wird natürlich der Kampf der Parteien wieder ausleben und von Burgfrieden nicht mehr die Rede sein.

Eine konservative Stimme über die russische Sozialdemokratie.

Von den Presseäußerungen über die Vertagung der Duma und die Haltung der Parteien verdient eine Aeußerung des liberal-konservativen „Kolokol“, der in den letzten Monaten oft zu offiziellen Zwecken benutzt wurde, besondere Beachtung. Das Blatt schreibt: „Die Mehrheit der Duma hat völlige Verworfenheit und Haltlosigkeit gezeigt. Eine Ausnahme unter den Parteien bildet die sozialdemokratische Fraktion. Nur sie hat ihre Meinung ungefälscht, frei, klar und bestimmt ausgedrückt. Sie hat ihren Protest nicht mit Seufzern, nicht mit ratlosem, elenden Jammern, sondern durch scharfe Formulierung ihres Standpunktes, durch mutigen, kühnen Protest unterstrichen, ohne selbst mit der elementaren Achtung vor den Gesetzen des Landes und dem Befehl der obersten Gewalt zu rechnen. Wir sind keine Staatsanwälte, um die Haltung dieser Fraktion gegenüber dem Jarenuzas (das Blatt deutet hier auf den demagogischen Protest der sozialdemokratischen Fraktion bei der Verlesung des Jarenuzas über die Vertagung der Duma hin) vom Standpunkt irgendeines Artikels des Strafgesetzbuches zu bewerten, wir können aber nicht umhin, die unzweifelhafte Tatsache zu unterstreichen, daß es diese Fraktion gewesen ist, die keine Verwirrung gezeigt hat und fest auf ihrem Fundament geblieben ist.“

Bei dem allgemeinen Bestreben der konservativen russischen Presse, die Haltung der Parteien bei der Vertagung der Duma für reaktionäre Zwecke auszunutzen, ist es nicht ausgeschlossen, daß die dargelegte Beurteilung der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion dem Wunsch entspricht, die Regierung gegen die Sozialdemokratie scharfzumachen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß gerade das guttural-konservative Organ den Unterschied zwischen der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion und den bürgerlichen Parteien treffend formuliert hat. Wenn die liberale Presse sich jetzt über diese Kennzeichnung aufhält, oder gar der sozialdemokratischen Fraktion daraus einen indirekten Vorwurf macht, daß sie von den Konservativen gelobt wird, so ist das nur für das böse Gewissen der Liberalen charakteristisch.

Politische Uebersicht.

12 101 Millionen Kriegsanleihe.

Berlin, 30. September. (W. L. V.) Für die Zeichnungen auf die dritte Kriegsanleihe ist nunmehr ein Ergebnis von 12 101 Millionen Mark festgestellt worden. Darunter befinden sich 2 169 Millionen Mark Schuldbuchzeichnungen. In welcher Weise sich die Zeichnungen auf die verschiedenen Arten von Anmeldestellen verteilen, ergibt sich aus der nachstehenden Uebersicht, die zum Vergleich die Ergebnisse der ersten und zweiten Kriegsanleihe heranzieht.

	III.	II.	I.
	Kriegsanleihe Millionen Mark		
bei der Reichsbank	569	565	470
von den Banken und Bankiers	7 678	5 684	2 895
von den Sparkassen	2 592	1 978	883
von den Lebensversicherungsgesellschaften	417	384	208
von den Kreditgenossenschaften	680	358	—
von den Postanstalten	167	112	—
	12 101	9 061	4 460

Die Feldzeichnungen sind in der vorstehenden Uebersicht nicht enthalten.

Unterstaatssekretär Zimmermann über Holland und Belgien.

Der Berliner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hatte eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn Zimmermann. Er berichtet seinem Blatt darüber: „Herr Zimmermann erinnerte zunächst an die falsche Auslegung seiner Unterredung mit dem Holländer Troelstra. Der Unterstaatssekretär erklärte wiederum, daß Deutschland nicht daran denke, Hollands Neutralität oder politische oder wirtschaftliche Freiheit zu verletzen. Zum Glück bringe in Holland die Ueberzeugung immer mehr durch, daß Holland von Deutschland nichts zu fürchten habe. Wir wollen gute Freunde und Nachbarn bleiben. Leute, die in Deutschland dann und wann anders sprachen, seien politisch bedeutungslos. In Deutschland erkenne man dankbar die stirkte Art und Weise an, in der Holland seine Neutralität beobachtet. Der Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ beehrte die belgische Frage. Er bemerkte, daß das Schicksal Belgiens Holland sehr zu Herzen gehe. „Es ist“, erwiderte Unterstaatssekretär Zimmermann, „im Augenblick nicht möglich, zu sagen, wie nach dem Kriege das Verhältnis zwischen Deutschland und Belgien sich gestalten wird. Das ist eine sehr schwierige Angelegenheit. Eine Lösung muß gefunden werden. Aber eins steht fest: Deutschland muß Sicherheit haben, daß Belgien nicht ein Vorposten Englands werde. Dies werden wir verhindern.“ — „Sie sind somit überzeugt, daß die Bestimmung des Schicksals Belgiens von Deutschland abhängig wird?“ fragte der Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“. — „Gewiß“, antwortete der Unterstaatssekretär, „davon sind wir in Deutschland alle fest überzeugt. Wir werden uns keine Bedingungen auferlegen lassen. Wir werden dafür sorgen, daß was sich jetzt ereignet, sich nicht wiederholt. Wir haben unsere Friedensliebe reichlich bekundet. Wir sind ein friedliches Volk. Es ging uns gut. Was konnten wir bei einem Kriege gewinnen? Aber jetzt wollen wir einen Frieden durchsetzen, der uns gegen die Wiederholung eines derartigen Krieges schützt. Wir werden durchhalten, bis dieser Zweck erreicht ist. Was aus Polen werden wird, sei, so sagt der Unterstaatssekretär, nach ebensowenig sicher wie das Schicksal Belgiens.“

Die Auslassungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann sind deshalb beachtenswert, weil hier zum ersten Male seit der Rede des Herrn v. Bethmann vom 4. August 1914 Andeutungen darüber gemacht werden, wie man sich an amtlicher Stelle die Zukunft Belgiens denkt. Allerdings gibt es ja sehr verschiedenartige Wege, auf denen sich unter Umständen eine Sicherheit dagegen schaffen läßt, daß Belgien zu einem „Vorposten Englands“ wird.

„Gerüchte“ und „Treiberien“.

In der von der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichten offiziellen Zurückweisung der Gerüchte von einem beabsichtigten Frieden mit England ist der Satz enthalten:

„Kommentare, die an die Entschlieung des engeren Vorstandes der konservativen Partei geknüpft werden, deuten an, daß auch bei dieser Rundgebung solche Gerüchte mitgespielt haben.“

Darauf antwortet nun die „Kreuzzeitung“:

„Die Entschlieung des konservativen Parteivorstandes, auf die hier Bezug genommen wird, konnten wir aus Kründen, die dem Blatte (der „Nordd. Allg. Ztg.“) bekannt sein dürften, nicht unberührt wiedergeben; deshalb mußten wir überhaupt darauf verzichten, sie unseren Lesern mitzuteilen. Infolgedessen war es uns auch unmöglich, die Erklärung irgendwie zu kommentieren. Daß von anderer Seite an die Erklärung des Parteivorstandes Kommentare der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bezeichneten Art geknüpft worden waren, ist uns nicht bekannt geworden. Das Blatt wird sich wohl der Verpflichtung kaum entziehen können, solche Kommentare nachzuweisen. In größeren Zeitungen sind sie jedenfalls bis heute nicht zu finden. Wenn in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gleichwohl der Andeu-

lung Raum gegeben wird, daß bei der Rundgebung des konservativen Parteivorstandes Gerüchte mitgespielt haben, die als unbegründete, lässartige und die Interessen des Reiches schädigende Treiberien bezeichnet werden, so ist eine Antwort hierauf weder zurzeit möglich noch nötig. Der engere Vorstand der konservativen Partei pflegt seine Beschlüsse nach sorgfältigen Erwägungen und nicht auf Grund lässlicher oder lässartiger Gerüchte zu fassen.“

Während so die „Kreuzzeitung“ in Abrede stellt, daß „Gerüchte“ auf die konservativen Beschlüsse einen Einfluß ausgeübt hätten, drückt sich die doch zweifellos ebenfalls wohlunterrichtete „Deutsche Tageszeitung“ etwas vorsichtiger aus. Sie will es „dahingestellt lassen“, ob die erwähnten Gerüchte eine Rolle gespielt haben. Sie vermutet aber, daß „Treiberien“ berücksichtigt worden seien, die für eine „Verständigung“ mit England zu arbeiten und in dieser Richtung Einfluß auf leitende Stellen in Deutschland zu gewinnen bemüht sind, und die gelegentlich den Anschein zu erwecken gesucht haben, als sei ihre Bemühung um die Erlangung eines solchen Einflusses nicht erfolglos geblieben.

Das ist alles reichlich unklar und dunkel, und wir erfahren nicht, von wem die „Treiberien“ ausgehen und auf welche Stellen sie Einfluß gewonnen haben oder gewonnen haben wollen. Das kräftige Dementi wird aber nun wohl den Vorstand der konservativen Partei von der Energie und Zuverlässigkeit des Reichstags überzeugen, und wenn die Konservativen dem nicht Ausdruck geben sollten, so wird es Herrn v. Bethmann doch immerhin eine Freude machen, daß ein Blatt wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ die Gelegenheit benutzte, sein Lob in allen Tönen zu singen:

„Herr v. Bethmann“, so heißt es dort, „steht auch ohne dies neue Bekenntnis über dem Verdacht, gerade jetzt in das Fahrwasser einer schwächlichen Politik steuern zu wollen. Seit seinem letzten Auftreten im Reichstag kam davon nicht mehr die Rede sein. Die Entschiedenheit, mit der er sich dort gegen alle sentimentalen Praktiken aussprach, wird ihm gerade von denen nicht vergessen werden, die früher zuweilen Veranlassung zu haben glaubten, den Menschen mehr als den Kanzler in ihm bewundern zu sollen. Wie der Leiter der Reichsregierung genau weiß, was die überwältigende Mehrheit des Volkes von ihm erwartet, so vertraut diese Mehrheit auch, daß er ihre Hoffnung nicht zuschanden werden lasse.“

Wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten“ auch nicht das Mandat haben, im Namen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zu sprechen, so vertreten sie doch die Meinung sehr einflußreicher Kreise der Großindustrie, auf deren volles Vertrauen der Kanzler natürlich den größten Wert legt.

Kartoffelnot in Westdeutschland.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: In Westdeutschland pflegen um diese Jahreszeit auch die minderbemittelten Volkskreise ihren Kartoffelbedarf für den ganzen Winter einzufellern. Da in diesem Jahre noch niemand weiß, ob und zu welchem Preise dies möglich ist, bemächtigt sich der Bevölkerung eine lebhaftere Unruhe. Nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die christliche Arbeiterpresse gibt ersten Befürchtungen Ausdruck. Die „Kölnische Volkszeitung“ richtete einen Alarmruf nach Berlin, die katholische „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ schreibt: „Reichsregierung hilf, ehe es zu spät ist“, der Kölner Erzbischof mahnt in einem Hirtenbrief, daß Aergernis vermieden werde, und die katholischen Arbeitervereine sandten eine Abordnung nach Berlin, um vor dem Reichskanzler persönlich über die Ungewißheit in der Kartoffelversorgung die ernstesten Vorstellungen zu erheben.

Infolge dieser einmütigen Bewegung im Westen haben am 28. September die Minister Dr. Delbrück, v. Loebe und Sydow, begleitet von einem Stab von Deputierten, Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Düsseldorf Beratungen mit Vertretern der Gemeinden und daran anschließend mit Vertretern der Konsumvereine und Gewerkschaften aller Richtungen abgehalten. Die Herren aus Berlin wurden von den Vertretern der Arbeiter ungenügend und mit großer Entschiedenheit über die Stimmung, die Befürchtungen und die Erwartungen unserer Industriebekämpfung aufgeklärt, die in diesem Jahre nicht wieder enttäuscht werden darf.

In Westdeutschland glaubt niemand daran, daß ein höherer Kartoffelpreis als etwa 3,50 M. für den Zentner notwendig ist. Ist doch eine Reforderung sicher, die sich nach amtlichen Schätzungen auf 32 Millionen Tonnen beläuft, während private Schätzungen sogar bis auf 60 Millionen Tonnen gehen. Hinzukommen noch 10 bis 12 Millionen Tonnen, die die Reichsregierung aus Polen einzuführen beabsichtigt.

Schon aber hat der Kartoffelwucher eingesetzt. Aus ostdeutschen Gebieten, wo in Friedenszeiten Kartoffeln zu 1,80 M. der Zentner offeriert wurden, kommen jetzt für genau dieselben Kartoffeln Angebote zu 3 M. und 3,20 M. für den Zentner als Erzeugungsorte. Die westdeutschen Verbraucher sind bereit, der Landwirtschaft in mehr als ausreichender Berücksichtigung ihrer höheren Unkosten einen Kriegszuschlag von 25 bis 30 Prozent zu bewilligen. Dann würden gute Speisepotatoffeln den Verbrauchern im Osten zu 2 M. und im Westen zu 3,50 M. geliefert werden können. Mehr dürfen die Kartoffeln bei so riesiger Ernte nicht kosten. Alle Maßnahmen, die nicht eine solche Preisbegrenzung sichern, sind ungenügend. Ohne Unterschied der Parteistellung halten die Verbraucher an der Auffassung fest, daß ohne sofortige rücksichtslos durchgreifende Zwangsmahregeln, die sowohl die Landwirtschaft wie den Handel treffen müssen, auch in diesem Jahre nichts erreicht wird. Die Forderungen bleiben: Beschlagnahme, mindestens der zur menschlichen Ernährung notwendigen Kartoffeln, Verkaufszwang und ein System von Höchstpreisen, das mit etwa 3,50 M. frei Keller endet. Ferner ist Annullierung aller Verkäufe nötig, denn Werksverwaltungen, Städte usw. haben sich jetzt schon aus purer Angst und in mangelndem Vertrauen in die Reichsregierung zu viel zu hohen Preisen eingekauft. Bloße Warnungen der Regierung vor Angstinkäufen helfen nichts. Jeder scheut die Erfahrungen des vorigen Jahres. Die Regierung muß die Forderungen der Verbraucher unverzüglich zur Grundlage ihrer Maßregeln nehmen. Eher wird es im rheinisch-westfälischen Industriegebiet keine Ruhe geben.

Wirksame Mittel gegen die Teuerung

forderte eine starkbesuchte Versammlung der Delegierten der sozialdemokratischen Landesorganisation Hamburgs und des Gewerkschaftskartells Hamburg-Altona, die am 28. September tagte. Reichstagsabgeordneter Genosse Stübbe, der die Lebensmittelpolitik seit Kriegsbeginn darstellte und einer Kritik unterzog, erwähnte die interessante Tatsache, daß selbst in Hamburg noch 70 Proz. der Steuerzahler nur bis zu 2000 M. Einkommen haben. Angesichts der fortschreitenden Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel (zum 1. Oktober wird für Hamburg eine Erhöhung des Milchpreises um 4 Pf. auf 28 Pf. angekündigt) müsse die Arbeiterkassen immer wieder ihre Forderungen geltend machen. In der Debatte wurden die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt scharf kritisiert. Ein Delegierter führte aus, Rolle habe in dem bekannten „Buch der Zwanzig“ es sozialdemokratischen Blättern als Verdienst angerechnet, daß sie den Unwillen über die Teuerung beschwichtigt hätten. Ueber die Folgen solcher Politik könne man sich nicht beklagen. Von anderer Seite wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterkassen die politischen Konsequenzen aus den mitgeteilten Tatsachen zu ziehen wissen werde. Eine Resolution, die weitgehende Beschlagnahme, Festsetzung niedriger Höchstpreise für alle Lebensmittel, gleichmäßige Verteilung der wichtigsten Nahrungsmittel und

schärfere Nahrungsmittelkontrolle verlangt, wurde einstimmig angenommen. In der Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß die Delegierten 150 000 organisierte Arbeiter, mit den Familien die Hälfte der Bevölkerung vertreten, in deren Namen sie die Forderungen erheben.

Die Landwirtschaft verteidigt sich.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über alle Mäßen ergrimmt darüber, daß den Landwirten die Schuld an der Teuerung gewisser Lebensmittel zugeschoben wird, und sie macht ihrem geprehten Herzen in folgender Weise Luft:

„Das Gerüchte, die Landwirte seien die Urheber der Teuerung, ist seit der Bundesratsverordnung gegen den Kriegswucher zum Strafenlärm angeschwollen, und man hört an verschiedenen Stellen deutlich den Ruf heraus: „Haltet den Dieb.“ Leider ist es in dem Gedränge nicht festzustellen, ob nicht gerade diese Auser Leute mit vollgestopften Taschen sind und sich solcherart bemühen, die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrer eigenen Person abzulenken. Mag ziffernmäßig noch so oft der Beweis geführt werden, daß der Großhandel dem Gemüse bauenden Landmann Spottpreise bietet, die nicht einmal die Erzeugungskosten decken, mag für jeden Einsichtigen klar sein, warum beim Mangel an Kraftfutter die Fleischpreise steigen müssen, das rührt die Decker nicht und bestärkt sie nur im Verschweigen unbestreitbarer Tatsachen.“

Wir erwähnen diese Abwehr, weil sie zeigt, wie man in dieser Zeit nicht doch alles sagen kann. Sogar von „Dechern“ darf die „Deutsche Tageszeitung“ reden. Freilich, gewisse Bedenken scheinen auch ihr gekommen zu sein, denn sie hat ihren verärgerten Artikel über den „bösen Agrarier und den braven Händler“ im Feuilleton untergebracht. Offenbar gilt nach ihrer Auffassung der Burgfriede nur über dem Strich.

Uebrigens enthält der Feuilletonaufsatz noch eine andere Stelle, die hervorgehoben zu werden verdient. Es ist dort die Rede von dem „staatssozialistischen“ Charakter bestimmter Regierungsmahregeln:

„Dem die wirtschaftliche Notlage ausbeutenden Zwischenhändler ist der Kappzaun angelegt worden, und zwar durch ein Stück Staatssozialismus. Ob dieser wohl weiterwirken wird? In mancher Hinsicht wäre es zu wünschen, schon deshalb, um dem den Massen mündgerecht gemachten internationalen Sozialismus das Wasser abzugraben.“

Wir freuen uns, unsere eigene Auffassung von Wesen und Zweck des Kriegsozialismus hier bestätigt zu finden.

Vortragssverbote.

In Hamburg sprach Genosse Flich im Stadtteil Barmbeck in einer gutbesuchten Mitgliebersversammlung der Partei über die Teuerung. Als sie am 23. September den Vortrag in dem auf hamburgischem Gebiet liegenden Städtchen Dorsdorf wiederholen wollte, wurde der Vortrag verboten. Dagegen konnte der Vortrag am nächsten Abend in Altona unbeanstandet gehalten werden. — Vor den Mitgliedern des Verbandes der Ruper in Hamburg wollte Genosse Umland einen Vortrag über die Kommune von 1871 halten. Der Vortrag wurde verboten. — In einem preußischen Vorort Hamburgs, in Wandsbek, sollte fürlich der Genosse Kalbach über den Deutschen Bauerkrieg sprechen. Auch dieser Vortrag wurde verboten.

Tagung des bayerischen Landtages.

Die Zweite Kammer des bayerischen Landtages wurde am Donnerstag mit einer Ansprache des Präsidenten v. Orterer eröffnet. Dann ergriff der Ministerpräsident Graf v. Hertling das Wort. Er pries die Einigkeit des deutschen Volkes und die Tapferkeit der mit Deutschland Verbündeten. Die Rechnung unserer Feinde werde sich als falsch erweisen. Dank gebühre der Landwirtschaft, dem Handel und dem Handwerk; dem gewerblichen Arbeiter müsse eine besonders dankbare Anerkennung gesagt werden. Auch das patriotische Verhalten der Arbeiterverbände werde der bayerischen Regierung unvergesslich bleiben. — Es sei verfassungsgemäß unmöglich und auch nicht zweckmäßig gewesen, den Landtag zu einer besonderen Nottagung außer der Zeit einzuberufen. Von den Aufgaben der Zukunft wolle er heute nicht reden; die Probleme, die sie in ihrem Schoße trägt, seien noch zu wenig geklärt, ja ihrer Lösung fehle vielfach die tatsächliche Unterlage. Mit dem Wunsche, daß der Geist der Einmütigkeit auch über den Verhandlungen des Landtages walten und daß alles Trennende zurücktreten möge, sowie mit dem Versprechen der Bereitschaft der Regierung, ihren Teil hierzu beizutragen, schloß der Ministerpräsident seine Ausführungen.

Aus der Budgetrede des Finanzministers v. Bräuning sei mitgeteilt, daß der voraussichtliche Fehlbetrag des Jahres 1914 sich auf etwa 16—15 Millionen Mark stellen werde.

München, 30. September. (W. L. V.) Das Justizministerium hat der Kammer der Abgeordneten einen Gesetzentwurf über die Niedererschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer zugehen lassen. Der Begründung zu dem Gesetzentwurf ist zu entnehmen, daß noch ein weiterer Gnadenakt in Aussicht genommen ist. Es ist ein weitgehender Gnadenbeweis zugunsten von Kriegsteilnehmern beabsichtigt, die bereits rechtskräftig beurteilt waren und dann für das Vaterland die Waffen getragen haben.

Interpellation im bayerischen Landtag.

Die liberale Fraktion hat im bayerischen Landtag folgende Interpellation eingebracht:

„Warum ist der Landtag nicht, wie in den anderen Bundesstaaten, zu einer außerordentlichen Tagung einberufen worden zur Besprechung aller mit dem Kriegszustande in Verbindung stehenden Fragen? Welche Maßnahmen hat die Regierung angesichts des Kriegszustandes ihrerseits getroffen und gedenkt sie noch zu treffen in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, in der Fürsorge für Kriegsteilnehmer, in Bezug auf die Verhältnisse des Handels, der Industrie, des Handwerks, des Haus- und Grundbesitzes, der Landwirtschaft, der freien Berufe, der Beamten, der Lehrer und der Arbeiter?“

Kriegsbekanntmachungen.

Noch keine Feldpostpäckchen nach dem Ostheere!

Berlin, 30. September 1915. (W. L. V.)

Bekanntmachung.

Die durch die unglücklichen Beförderungsverhältnisse herbeigeführte Anhäufung von Postfächern auf den östlichen Kriegsschauplätzen hat leider noch nicht behoben werden können. Im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung wird daher das Verbot der Annahme und Beförderung privater Feldpostbriefe über 50 Gramm (Päckchen) an die Truppenangehörigen der Ostarmee bis einschließlich 5. Oktober verlängert. Hiernach unzulässige Sendungen werden den Absendern zurückgegeben werden.

Der Staatssekretär des Reichspostamts.

(93.) Kracke.

Letzte Nachrichten.

Die Opfer des Unglücks auf der Zeche „Holland“.

Gelsenkirchen, 30. September. (Z. N.) Von den gestern bei der Schlagweiterexplosion auf der Zeche „Holland“ verunglückten 25 Bergleuten sind inzwischen 7 gestorben, so daß die Gesamtzahl der Opfer bis jetzt 8 beträgt.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Deutscher Glasarbeiterverband.

Am 1. Oktober 1915 blickt der Verband der Glasarbeiter auf eine 25jährige Tätigkeit zurück. Im Jahre 1890 gegründet, hatte die Organisation zunächst unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen zu leiden. Die Unternehmer wollten unter keinen Umständen zulassen, daß die Glasarbeiter ihrer Berufsorganisation beitreten. Welcher reaktionäre Geist bei den Industriellen vorhanden war, geht aus einer Bekanntmachung hervor, die seinerzeit Herr Hepe in Wienburg an das Fabrikstor heften ließ und die folgenden Wortlaut hatte:

„Es wird das Gerücht ausgesprengt, daß ich nicht gegen eine Beteiligung der Arbeiter an dem sozialdemokratischen Verbands der Glasarbeiter Deutschlands einzumenden hätte. Um nun meinen Standpunkt auch diesem Verein gegenüber richtig zu stellen, erkläre ich, daß ich mit mein Eigentum jedenfalls zu erhalten suche. Würde ich die Sozialdemokratie auskommen lassen, so würde ich also den von Sozialdemokraten ähnlicher Art wie Horn geleiteten Verband der Glasarbeiter Deutschlands dulden, dann wäre das Ende jeder ruhigen Arbeit gekommen und die Industrie damit dem Untergang geweiht. Ich warne daher jeden Arbeiter, sich nicht verleiten zu lassen, weder dem sozialdemokratischen Fachverein, oder dem Verband der Glasarbeiter Deutschlands beizutreten, ich würde genötigt sein, denselben sofort zu entlassen.“

„ges. Hepe.“
Wenn solche Anschauungen bei den gewaltigsten Industriellen vorhanden waren, dann ist es begreiflich, daß der jungen Organisation das Leben sehr schwer gemacht wurde. Aus diesem Grunde ging auch der Aufstieg des Verbandes nur langsam vorwärts.

Wie wenig jedoch die organisationsfeindliche Gesinnung selbst des gewaltigen Herrn Hepe verminderte, die Organisation niederzuhalten, zeigt am besten die Tatsache, daß im Jahre 1900 bei ihm die Arbeiter streikten, und da er nicht nachgab, schlossen sich die übrigen Glasarbeiter ihren Kollegen solidarisch an. So standen vom 27. Juli 1901 bis zum 16. September 1913 Glasarbeiter im Ausstand. Der Streik, der mit Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands geführt wurde, kostete 500 000 M. Er ging aber für die Arbeiter vollständig verloren.

Die Drangsalierungen der Arbeiter durch die Unternehmer nahmen nun kein Ende; groß war die Zahl der Gemisshageligen. Unter solchen Umständen trat auch in der Organisation ein Rückschlag ein, von dem sich der Verband nur langsam erholen konnte. Durch zähe Organisations- und Agitationsarbeit nahm er aber ständig an Mitgliedern zu. Im Jahre 1913 erreichte er mit 19 312 Mitgliedern seinen Höchststand.

Für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat die Organisation in den 25 Jahren vieles geleistet. Bis zum Jahre 1900 stand die Sonntagsarbeit in höchster Blüte. Dagegen mußte ein energischer Kampf geführt werden. Die Industriellen erklärten, daß die Beseitigung der Sonntagsarbeit den Ruin der deutschen Glasindustrie herbeiführen würde. Den Petitionen der Arbeiterorganisation an den Reichstag, ein gesetzliches Verbot der Sonntagsarbeit herbeizuführen, folgten Gegenpetitionen der Industriellen. Wenn trotzdem heute die Sonntagsarbeit in der deutschen Glasindustrie beseitigt ist, so ist dies also das ureigenste Werk des Verbandes der Glasarbeiter. Von den Errungenschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne geben die jährlichen statistischen Zusammenstellungen des Verbandes den besten Beleg.

Aber auch durch seine Unterstützungsanstalten hat der Verband den Mitgliedern manche Hilfe geleistet. In der Zeit seines Bestehens hat er an Arbeitslosenunterstützung 981 000 M., an Streikunterstützung 15 568 M., an Gemisshagelunterstützung 113 200 M., an Umzugsunterstützung, die erst am 1. Juli 1901 zur Einführung kam, 76 500 M., an Sterbenunterstützung, eingeführt am 1. Juli 1907, 29 800 M., an Krankenunterstützung, eingeführt am 1. Juli 1910, 160 000 M. gezahlt. Außerdem wurden ansehnliche Summen für Rechtschutz ausgegeben.

Besonderer Aufmerksamkeit erfreute sich bei den Industriellen das Organ des Verbandes. Die geringste Beleidigung wurde verfolgt. 2 1/2 Jahre Gefängnis und über 1000 M. Geldstrafen wurden

dadurch über den Redakteur verhängt, eine für den Vetter eines Verbandsorgans sehr hohe Straffumme.

Wohl kaum eine zweite Organisation hat den Kampf gegen einen so mächtigen Gegner zu führen, wie die Glasarbeiter. Wenn trotz aller dieser Schwierigkeiten der Verband in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gleich Schritt und Tritt hielt, so ist das ein Beweis von unerschütterlicher Tapferkeit und ständiger Opfermut, den die deutsche Glasarbeiterschaft in dem 25jährigen Ringen an den Tag gelegt hat.

Jetzt hat auch der Weltkrieg einen ungeheuren Einfluß auf die Organisation ausgeübt. Ueber 8000 Mitglieder haben ihrer Militärpflicht zu genügen und groß ist bereits die Zahl der gefallenen und verwundeten Mitglieder.

In den 25 Jahren hat die Organisation für ihre Mitglieder Großes geleistet. Mit Stolz kann sie auf ihre Tätigkeit zurückblicken und sich der Hoffnung hingeben, daß auch nach dem Kriege die deutsche Glasarbeiterschaft treu zu ihrer Organisation stehen und alles daran setzen wird, um die wirtschaftliche Lage der Glasarbeiter weiter zu heben.

Deutsches Reich.

Zur Beseitigung von Zweifeln und Härten bei der Durchführung der Bundesratsverordnung vom 12. August 1915, betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien hat das sächsische Ministerium des Innern seine Meinung in einigen der wichtigsten und dringlichsten Zweifelsfragen durch eine Verordnung in nachstehendem Sinne eröffnet: a) Das Ministerium neigt zu der Auffassung, daß in Betrieben mit wechselnden Schichten das in § 1 bezeichnete Höchstmaß von 50 Stunden wöchentlich nicht nur für die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter und ihrer Schichten, sondern für die Arbeitszeit des Betriebes gilt. Betriebsinhaber, die ihren Betrieb mit wechselnden Schichten ohne ausdrückliche Ausnahmegenehmigung bisher über 50 Stunden wöchentlich haben arbeiten lassen, werden deshalb aufgefordert, dies der Handelskammer unverzüglich anzuzeigen. Soweit auch weiterhin die Zulassung einer Arbeitszeit des Betriebes über 50 Stunden wöchentlich mit wechselnden Schichten genehmigt wird, empfiehlt sich zur Abwendung strafrechtlicher Weiterungen (§ 3) sofortige Einreichung von Ausnahmegenehmigungsanträgen an die Handelskammer. b) Die Bekanntmachung vom 12. August 1915 gilt auch für Heizer und Maschinisten, für Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten (§ 105c, Abs. 1, Ziffer 3 G. D.), für An- und Abfuhr von Gütern und Ue- und Entladen von Eisenbahnwagen. Allgemeine Ausnahmen in diesen Punkten sind angestrebt; bis zu ihrem Erlass bleibt aber nur der Weg der Ausnahmegenehmigung auf Grund von § 2 a. a. D. Der Industrie wird deshalb zur Abwendung strafrechtlicher Folgen (§ 3) zunächst die Stellung von Einzelanträgen an die Handelskammer nahegelegt. c) Ob und inwiefern die Arbeit von Musterzeichnern, Ausschlagern, Fodern und dergleichen Arbeitern als eine handlungsverfügbare, nicht unter die Bekanntmachung vom 12. August fallende anzusehen ist oder sich im Rahmen der Herstellung der Waren hält, wird sich nur von Fall zu Fall entscheiden lassen. Gegebenenfalls werden auch hier zur Abwendung strafrechtlicher Weiterungen Anträge auf Bewilligung von Ausnahmen der Handelskammer einzureichen sein.

Ausland.

Gewerkschaftliche Anerkennung von Hungerlöhnen in der Schweiz.

Die wegen ihrer Hungerlöhne und der Nichtbewilligung von geforderten Lohnerhöhungen boykottierte Zigarrenfabrik Ormond in Vevey hatte den „Basler Vorwärts“ verklagt, weil er in der Boykottveröffentlichung behauptet hatte, die Firma bezahle die schlechtesten Löhne, die menschenunwürdig sind. Und das schlechte Beispiel der Firma Ormond befolgten auch die übrigen Zigarrenfirmen in der französischen Schweiz, mit der einzigen Ausnahme der Firma Vautier in Yverdon. Vor Gericht bestätigte der Gewerkschaftssekretär Biret als Zeuge, daß zur Zeit der Lohnbewegung die Wiedereinnahmen bei Ormond bei Stundenlöhnen von 23 bis 25 Cts. Wochenlöhne von 9—10 Fr. verdienten, während die genannte Firma Vautier bedeutend höhere Löhne zahlte. Während ihre Arbeiterinnen hungern und verkommen, fährt die Besitzerin der Fabrik, Frau Ormond, die aus dem Unternehmen Millionen Gewinne zieht, in Paris und Nizza ein luxuriöses und gemehrtes Leben. Das Basler Gericht sprach unter diesen

Umständen unseren angeklagten Genossen frei. Sämtliche Kosten hat die millionenreiche Ausbeuterin, die gemüthvolle Frau Ormond zu tragen.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Dividende — Kürzung der Kriegsunterstützung.

Die Reiter Eifengießerei und Maschinenfabrik in Köln-Ehrenfeld konnte ihre Dividende auf 15 Proz., gegen 12 1/2 im Vorjahre, erhöhen. Gleichzeitig kürzte sie den Kriegserlösen die Unterstützung um 20 Proz. und verweigerte den Arbeitern eine Teuerungszulage.

Weltindustrie und die Schweiz.

E. S. betont in der „Zürcher Post“ vom 25. 9. (Abendblatt) als Aufgabe der Neutralen nach dem Kriege vor allem die Förderung der Annäherung der jetzt kriegsführenden Länder. Als Vorbereitung hierzu ist aber ein Einleben in das Wesen der ausländischen Industrien dringend nötig, denen die Schweiz zu dienen haben wird. Anstoßen muß vermieden, anpassen im weitesten Sinne möglich werden. Mit den neuen Handelsverträgen muß gerechnet werden: sie sind Waffen, aber der Vermittler muß ihnen die Schärfe nehmen. Der Ausgleich der Gegenstände erfolgt auf neutralem Gebiet, Angebot und Nachfrage wird nach dem Krieg nicht überall sofort auf schriftlichem oder mündlichem Wege zwischen den Kriegsführenden erledigt werden, vielmehr wird der Neutrale die Vermittlung führen.

Aber auch für die dauernde Zukunft liegt in der Neutralisierung des Handelsverkehrs das Heil. Sie wird möglich in der Hand Neutralen, die sich auf die Statistiken der Länder stützen. Diese sind in Vorstudien durchzuarbeiten, Vergleichungsgrundlagen müssen entstehen.

Für die Schweiz im besonderen kommt aber noch in Betracht, daß auch die eigene Industrie der Stärkung bedarf, da sie, wie die aller Neutralen, nach dem Kriege in hohem Maße zur Deckung des Bedarfs der Kriegsführenden wird erhalten müssen. Das Maß der Hebung der eigenen Industrie wird ebenso wie das der Vermittlung durch die statistischen Grundlagen bestimmt. Darüber hinausgehen wäre gefährlich. Es ist verfehlt, jetzt alle möglichen Industrien in der Schweiz einbürgern zu wollen. Günstig liegen die Vorbedingungen z. B. für die Spielwarenindustrie, da eine schrittweise geübte Bevölkerung vorhanden ist, nicht für die Spiegelglasindustrie. Zu empfehlen ist Ausbau der Nähmaschinen- und Auto-Industrie, auch Flugzeugfabrik wäre denkbar, da gute Motoren erzeugt werden. Der Spezial-Werkzeugmaschinenbau sollte durch Waffenfabriken ergänzt werden, nötig und günstig wäre Haushaltsmaschinenfabrikation, Herstellung von Motorpflügen, Gießereimaschinen u. a. im Lande. Die vorhandene billige elektrische Energie ist die beste Grundlage für die chemische Industrie. Es werden lauter solche Industrien zu empfehlen sein, die einen Bedarf decken und zugleich sich gut an Vorhandenes und vorhandene Bedingungen anschließen.

Eingegangene Druckschriften.

Mit der sechsten erschienenen ersten Nummer beginnt die „Neue Zeit“ ihren 34. Jahrgang.

Unter den Parteizeitschriften nimmt die „Neue Zeit“ eine hervorragende Stellung ein und sollte jedem Parteigenossen unentbehrlich sein.

Die „Neue Zeit“ beschäftigt sich mit den wichtigsten Fragen der Gegenwart in durchaus wissenschaftlicher Weise, sie wird das Interesse der Leser zu fesseln verstehen, und bei der bedauerlichen Neuorientierung in der inneren Politik des Deutschen Reiches ist es zweifellos, daß die Anschauungen, Wünsche und Forderungen der größten Partei Deutschlands, wie sie in der „Neuen Zeit“ vorgetragen werden, nicht angeht verhallen.

Es dürfte daher beim Jahreswechsel bei einigen Genossen der Parteigenossen leicht möglich sein, neue Leser für die „Neue Zeit“ zu gewinnen. Probenummern werden gerne zur Verfügung gestellt.

Aus dem Inhalt der ersten Nummer des 34. Jahrganges heben wir folgendes hervor: Der Wert der Internationalen. Von Eduard Bernstein. — „Barr“ Zur Kritik der politischen Ökonomie. Von Friedrich Engels. — Der Zusammenbruch des Judentums. Von K. Steit. — Neuere und innere Politik. Von R. Kautsky. — Der deutsch-österreichische Sozialverein. Von Anton Hofrichter.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist aus dem 1. des 26. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Frauenarbeit und Frauenlöhne während des Krieges. — Die Rot der Kriegserlösen. Von G. F. — Der Deutsche Textilarbeiterverband im ersten Kriegsjahre. Von sk. — Aus der Bewegung: Kriegserlösenverteilung. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. P. — Kolonialpolitik: Bulgarien. — Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes.

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat

Fleisch

Rinder-Querrippe . . . Pfund	95 Pf.
Rinderkamm Pfund	1.05
Schmortfleisch mit Knochen, Pfund	1.20
Roastbeef mit Knochen, Pfund	1.10
Hammelkeule Pfd. 1.30 geteilt	1.40
Hammelrücken Pfd. 1.30 geteilt	1.40
Hammeldünnung . . . Pfund	1.20
Hammel dicke Rippe Pfund	1.30
Kalbskeule und -rücken im Ganzen Pfund	1.30, geteilt Pfund 1.40
Kalbskamm u. -Brust Pfd.	1.20
Kalbsspitze Pfund	1.30
Gabler Rippespeer Eckstück, 2—3 Pfund . Pfund	1.50
im Ganzen Pfund	1.60
Mittelsstück Pfund	1.70
Frische Rinderzungen Pfd.	1.10

Wurstwaren

Zerelatwurst Pfd.	2.60	2.80
Plockwurst Pfund	2.50	
Berliner Mettwurst Pfd.	2 M.	
Mausschinken etwa 2 bis 3 Pfd., Pfd.	2.80	
Landschinken etwa 12 bis 15 Pfd., Pfd.	2.80	
Gek. Schinken in Stück etw. 1 Pfund, Pfd.	2.50	

Für Feldpostbriefe:

Landleberwurst . Dose	2.30
Fleischwurst Dose	2.30
Bratwurst Dose	1.60
Krafftfleisch Dose	1.60
Halberstädter Würstchen Dose	1.35
Ochsenmaulsalat, } Dose	
Sülze, Fleischsalat } 85 Pf.	
Feldpostbriefe mit Wurstwaren in verschiedenen Preislagen.	

Butter u. Käse

Tisch- u. Tafelbutter Pfund	2.32 u. 2.38
1/4-Pfund-Pakete	1.16 u. 1.19
Landbutter Pfund	1.95
Faust- u. Spitzkäse St.	10 Pf.
Gem. Marmelade Pfd.	55 u. 65 Pf.

Geflügel

Gänse Pfund	1.35 und 1.45
Suppenhühner . Pfund	1.60
Brathühner Pfund	1.95 und 2.15
Rebhühner Stück	1.55 2.20

Fische

Kabeljau in ganzen Fischen, Pfund	30 u. 55 Pf.
Schellfisch Pfund	38 u. 55 Pf.
Schollen Pfund	50 Pf.
Rotzungen Pfund	80 Pf.

Kolonialwaren

Kaiser - Auszug - Ersatzmehl zur Bereitung von Kuchen, Pfund	62 Pf.
Maisgriess zur Bereitung v. Speis. u. Puddingen, Pfd.	50 u. 40 Pf.
Perl-Sago zur Bereitung v. Rote Orbea Pfund	60 Pf.
Kartoffelmehl Pfund	30 Pf.
Weizengriess Pfund	78 Pf.
Schiffmehl u. Makaroni mit Eiern, 1 Pfund-Paket	78 u. 88 Pf.

Räucherwaren

Kieler Bücklinge 3 Stück	25 Pf.
3 Stück	10 Pf.
Sprott-Bücklinge Pfund	1.10
Flundern Pfund	70 u. 90 Pf.

Obst

Gravensteiner Pfund	20 Pf.
Kaiserkronen Pfund	20 Pf.
Tiroler Aepfel Pfund	15 Pf.
Goldparmänen Pfund	18 Pf.
Große Kochbirnen 2 Pfund	25 Pf.

Gemüse

Zitronen Dtz.	45 u. 55 Pf.
Gurken Pfund	8 Pf.
Sellerie-Knollen St.	15 u. 20 Pf.
Weißkohl Pfund	5 Pf.
Kürbis Pfund	5 Pf.
Radieschen Bund	10 Pf.

Leipziger Straße

Hirsch und Wildschwein

zu den billigsten Tagespreisen.

Salzfische

Kostproben 11—1 und 5—7 Uhr

Kopf- oder Schwanzstück in ganzen Fischen	35 Pf.	40 Pf.	45 Pf.
---	--------	--------	--------

Verkaufsstelle der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft

Die militärische Vorbereitung der Jugend.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Herr Regierungsrat Wolfen in Wetzlar einen längeren Aufsatz, der auch für einen größeren Leserkreis von einigem Interesse ist.

Über trotzdem hat der Mitgliederbestand der Jugend-Kompagnien schon jetzt abgenommen. Nicht nur das: Auch die Teilnahme der Treuegebliebenen ist nicht mehr so, als sie es in der ersten Zeit war.

Der wichtigste Grund aber ist der, daß die militärische Jugend-erziehung bis jetzt eine rein freiwillige war. (Wir möchten hier einschalten, daß wiederholt an einzelnen Orten der Versuch gemacht worden ist, Zwang anzuwenden.)

Durch Gesetz sollen alle jungen Leute von 16 Jahren ab zur Teilnahme an den notwendigen Übungen verpflichtet werden. Das deutsche Volk, meint Herr Wolfen, werde auch nach diesem Kriege „positiv“ davor beharren, ruhigen Besitzes behaglich sich zu erfreuen.

Auch Uniformen müssen alle Teilnehmer an den militärischen Übungen tragen. Die Uniform hebt den Kriegesgeist und das Pflichtbewußtsein und unterstützt, dem Körper gut angepaßt, wesentlich die Ausbildung des Körpers.

Für die Übungen, Märche usw. ist jede Woche ein ganzer Tag vorgesehen. Dazu sollen dann zwei Abende kommen. Größere, zusammenhängende Übungen sind, so meint Herr Wolfen, in einem halben Tage nicht zu bewältigen.

Später, wenn das Bedürfnis dazu sich einstellen sollte, kann dann auch der halbe Sonntag noch unter Übungszwang gestellt werden. Zum Schluß heißt es:

„Der Zwang zur Teilnahme an den Übungen der Jugend-Kompagnien ist sofort einzuführen. Es liegt kein erkennbarer Grund vor, die Regelung bis nach Friedensschluß hinauszuschieben.

Aus der Partei.

Erklärung.

Wir werden um Abdruck der nachstehenden Aufschrift gebeten: Die „Rannheimer Volksstimme“ behauptet in einem polemischen Artikel, die internationale sozialistische Konferenz zu Zimmerwald sei von Nationalrat Grimm in Bern veranlaßt worden.

Bern, 27. September 1915.

Internationale sozialistische Kommission.

Dyker des Weltkrieges.

Wie uns aus Wien mitgeteilt wird, ist in den letzten Kämpfen gegen die Russen der polnische Sozialist Krak-Dudzilnik gefallen. Als Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei wurde er während der russischen Revolution nach Sibirien verbannt.

Der Sozialismus in Chile.

In Chile hat vor kurzem der erste allgemeine sozialistische Kongreß stattgefunden, auf dem die sozialistischen Kräfte des

Landes zusammengefaßt wurden. Die erste Resolution, die er annahm, beklagt den europäischen Krieg. Ein Exekutiv-Komitee mit dem Sitz in Valparaiso wurde gewählt. Es soll die Herausgabe eines amtlichen Parteiorgans „La Vanguardia“ in die Wege leiten.

Stadtverordnetenversammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 30. September 1915, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird nach 5 1/2 Uhr vom Vorsteher Richelet mit einem ehrenben Nachruf für den am 26. d. M. verstorbenen Stadtkanzler George (Fr. Fr.) eröffnet.

Die städtische Fließbadeanstalt an der Roabiter Brücke muß wegen der am Bahnhof Bellevue in Angriff genommenen Eisenbahnbrückenbauarbeiten entzerrt werden.

Der Vaußlod zwischen Vornholmer, Grünthaler und Straße 4b (Abt. XI des Bebauungsplans) soll durch zwei Erschließungsstrahlen I und II aufgeteilt, das Grundstück Grünthaler Str. 4b für 77 000 M. angekauft und außerdem dort ein Schulgrundstück mit dem Eingang von der Grünthaler Straße erworben werden.

Die Versammlung stimmt zu. Zur wirksameren Bekämpfung der Diphtherie-Epidemie im Stadtgebiet hat der Magistrat die Aufstellung weiterer 60 Diphtheriebetten im Krankenhaus Roabit beschloffen und die Aufträge bereits erteilt.

Die Epidemie im Stadtgebiet hat der Magistrat die Aufstellung weiterer 60 Diphtheriebetten im Krankenhaus Roabit beschloffen und die Aufträge bereits erteilt. Ferner soll für die Dauer der herrschenden Epidemie, und zwar zunächst für zwei Monate, die Aufnahme Diphtheriekranker in ein städtisches Krankenhaus ohne vorherige Prüfung der Kostenfrage erfolgen.

Stadtk. Dr. Wehl (Soz.): Wir beantragen Ausschuhberatung. Wenn der Ausschuh schon heute ernannt wird, kann unbedingt eine Vergütung der Erledigung nicht entfallen. Es liegt uns daran, Anregungen zur Ergänzung und Verbesserung der Vorlage zu geben, die ohne die Fürsorgegeschwestern nur Stück- und Plindwerk, ja völlig zwecklos ist.

Stadtk. Dr. Doffein: Wir schulden den Armenärzten Dank für ihre Vereinnahmung, in ihren Sprechstunden auch die Kriegsteilnehmerfrauen unentgeltlich zu behandeln; der Gedanke, daß damit die Behandlung der Frauen ein Akt der Armenpflege geworden wäre, ist niemals aufgefaßt.

Stadtk. Prof. Landau (Fr. Fr.) ist auch über das den Armenärzten implizite befundene Mißtrauen bekräftigt. Auch seine Fraktion ist mit Ausschuhberatung einverstanden und legt den größten Wert auf die als baldige Bestellung von Fürsorgegeschwestern, die die Vorbedingung für eine wirksame Vorbeugung darstellten. An geeignetem Material fehle es nicht.

Stadtk. Galsand äußert sich für die Linke in gleichem Sinne. Stadtk. Dr. Jabel (Soz.) findet es doch etwas auffallend, daß der Magistrat die vom Magistrat in die erste Stelle gerückte Anregung zurückgestellt hat. Die Schwestern seien das wesentlichste Erfordernis; bei der Diphtherie sei die Krankenhausbehandlung nicht absolut nötig, sondern es komme darauf an, daß die Krankheit schnell erkannt werde.

Stadtk. Dr. Wehl: Nicht nur die Höflichkeit, sondern die innere Notwendigkeit gebietet die Zustimmung zur Einsetzung eines Ausschusses. Die Deputationen werden, wenn ein Besammlungsbeschluß vorliegt, doch etwas schneller arbeiten bzw. einschwenken. Die Tüchtigkeit unserer Armenärzte (siehe ich sehr hoch; in der Armensprechstunde aber geht bei dem kolossalen Andrang doch eine Behandlung mehr oder minder in Kauf und Wogen vor sich.

Stadtk. Dr. Jabel: Ohne die Fürsorgegeschwestern können wir die letzten Fälle gar nicht ermitteln. Die Serumgewährung muß von allen Umständen befreit werden. Die Vorlage geht nunmehr an einen Ausschuh, der vom Vorstände sofort ernannt wird und dem auch Glöde, Sünge, Stadtk. Dr. Wehl (dieser als Vizevorsitzender) und Burm (Soz.) angehören.

An den Magistrat von Neudöllin will der Magistrat im Vergleichsweg als Rücksuh zu den Schulkassen für die Jahre 1896—1906 die Summe von 214 712 M. zahlen. Unseren

Lesern ist über den Sachverhalt bereits ausführlich Mitteilung gemacht worden.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte an einen Ausschuh verwiesen. Schluß 7 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Feldgraue Kindermädchen.

Nach der Kriegsschnelleheftschichtung gab es einen schmerzlichen Abschied. Wird er jemals wiederkommen, der sein Glück nur wie die Eintagsfliege genos? Wird die junge Frau den kurzen Ehebaum tauschen müssen mit dem Bitter-schleier? Die Feldpostbriefe wurden seltener und seltener. Die kriegerischen Ereignisse in ihrer reichenden Schnelligkeit und die schweren Anforderungen des Dienstes ließen es nicht immer zu, daß der tapfere Krieger statt zum Schwerte nach Wunsch zur Feder griff.

Vergessen sind alle Strapazen, vergessen all die furchtbaren Kriegseindrücke, nur die Freude des Wiedersehens in der Heimat füllt das ganze Herz. Ja, so schnell geht's doch noch nicht. Vom Osten oder Westen nach Berlin dauert die Reise zwei und mitunter drei Tage. Langsam, viel zu langsam für das Stürmen in der Brust laucht der Zug in die mächtige, menschengefüllte Halle. Brennend suchen die Blicke, bis sie sich finden. Da sieht sie, die er seit einem Jahre nicht gesehen, hält ihm jauchzend das kleine Quad entgegen. Ein anderer ist er geworden, tiefgebräunt und bitter-ernst. . . Was man erlebt hat da draußen im Felde, das vergiftet man ja nicht wieder.

Was man erlebt hat da draußen im Felde, das vergiftet man ja nicht wieder. Warm hat er die Eltern, die Gattin geherzt und geküßt. . . und steht nun stumm, leise zitternd, in seltsame Gedanken verfunken vor dem, was ist von seinem Fleisch und Blut. Wie ganz anders doch, als wenn er zu Hause blieb! Tausend Gedanken hat er gepörmelt, wie der Junge wohl aussieht, und hat ihn nun mit seinem hellen Kriegsgehör leibhaftig vor sich. Der gehört ihm, solange er in der Heimat ist, nur ganz ihm. Sanft wöhrt er die Eltern, die Gattin ab, nimmt den Leinen blonden Schreihals auf den starken Arm und schreitet stolz wie ein siegreicher Feldherr durch die Gasse des Bahnhofsteigs. Das Publikum auf dem Bahnsteig, auf der Straße bleibt wie gebannt stehen. Seht doch, ein Kindermädchen in Feldgrau. Man sieht es jetzt so oft und freut sich des herzigen Anblicks immer wieder. Der Feldgraue wird verlegen. Was die Leute nur haben. . . was sie nur wollen! Es ist doch so selbstverständlich, daß er seinen Jungen nach Hause trägt, zart und behutsam wie ein Bäckchen in der rauhen Kriegerfaust. Nicht das erste Mal ist es ja, daß er Kindermädchen spielt. Da oben in Belgien und später in Rußland haben. . . wie oft haben da er und seine Kameraden die hungrigen Mäulchen gefüttert und getan, was doch nur Menschenpflicht ist. Treuherzig erzählt er. . . vom Selbstverständlichen. Leuchtenden Auges hören ihm die Eltern, die Gattin zu. Und morgen, übermorgen, alle Tage, die schnell schwindenden in der Heimat, schiebt er den Kinderwagen, wenn es froh hinausgeht in die frische Herbstluft. Weist Du noch, Du großer blonder Junge, was Du einst Deiner Braut sagtest? Ich und den Kinderwagen schieben. . . lieber Scheidung mit Pauken und Trompeten! Schalkhaft hält es ihm die junge Frau vor. Und er lacht aus vollem Halse und trottet im feldgrauen Kleide treu hinter der Ehestandskutsche mit dem kleinen blonden Jungen, der sein, ganz sein ist.

Dumpfiges Mehl.

Aus Bernuchen schreibt uns der Besitzer der Dampfmühle D. Lehmann auf unsere unter obiger Epithet veröffentlichte Notiz:

Wenn ein schlechtes Mehl geliefert wird, dann gibt man selbstverständlich den Mühlen schuld, doch tut man den Mühlen in diesem Jahre vollständig damit unrecht. Zu Anfang dieses Jahres bemühte man sich zwecks Sicherstellung der Volksernährerung, die Getreidemengen von den Landwirten nach großen Lagerräumen zu schaffen, um die nötigen Reserven für die letzten Monate des Erntejahres aufzuspeichern. Als Lagerplätze kamen zum größten Teil die Mühlen in Betracht. So wurde dann von der R.-G. das Getreide den Mühlen zugeführt, so wie es von den Landwirten geliefert wurde und zwar infolge der sehr feuchten Witterungsverhältnisse der ersten Monate in etwas klammern Zustande. Ein großer Teil des Roggens lagert nun von Januar bis September mit allen Witterungsverhältnissen, der Winterzeit, der anhaltenden großen Hitze des Sommers kämpfend; daß da das Getreide einen Sommergeruch bekommt, ist wohl jedem Laien leicht verständlich.

So wurde auch unter anderem die Mühle Lehmann, Bernuchen, angeklagt, dumpfiges Mehl abgeliefert zu haben. Vorbezeichnete Mühle hat ihren Roggen in jenen ersten Monaten bekommen und hat jetzt noch einen Teil des Roggens auf Lager, das heißt rund gerechnet 8—9 Monate Lagerung für feuchtes Getreide. Dazu kommt noch die anhaltende Gluthitze des Sommers, so daß für den im Silo warm gewordenen Roggen keine Abkühlung herbeigeführt werden konnte, trotz starker Bearbeitung bei Tag und Nacht. Auf dringendes Ersuchen um Vermahlung des Roggens wurde kein Gehör geschenkt. So war dann eine Folge ein Dumpfigwerden des Roggens. Andere Großmühlen wurden Tag und Nacht beschäftigt, so daß sie ihren Roggen nicht lange zu lagern hatten und auch infolgedessen ein einwandfreies Mehl liefern konnten.

So ist also die Dumpfigkeit des Mehles einzig und allein auf die kriegerischen sowie Witterungsverhältnisse zurückzuführen. Die Mäcker beklagen sich mit Recht, ein dumpfiges Mehl zu bekommen, daß sie aber andererseits nicht die Zeit in Betracht ziehen, ist sehr bedauerlich.

In der Nummer 265 wurden die Ursachen des schlechten Mehles auf ein Räumungsmanöver der Mühlenbesitzer zurückgeführt, die das Getreide anseuchten, um durch eine 10—12 Proz. stärkere Ausmahlung, als das Gesetz es zuläßt, die dunkle Farbe des Mehles

*) „Zeitfragen“, Nr. 19, Beilage der „Deutschen Tageszeitung“.

vermeiden zu wollen. Wie denkt sich der Verfasser eine 10 bis 12 Proz. stärkere Ausmahlung? Die gefühlte Ausmahlung betrug 85 Proz., dazu 12 Proz. — 97 Proz. Bei der langen Lagerung sind mindestens 5—6 Proz. Manko, mithin würde nur eine 9 Proz. stärkere Ausmahlung ein Roggenschrot ergeben. Damit wäre wohl die Ansicht des Verfassers ganz und gar hinfällig.

Es ist ein kleines, diesen Uebelstand zu beseitigen, indem man solches Mehl mit gutem neuen Mehl vermischt und ergibt das nach dem Urteil der „Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung“ ein sogar vorzüglich backendes und schmeckendes Brot.“

Die Aufschrift des Herrn Lehmann sucht das Dampfgebirgen des Mehles zu erklären, sie ändert aber nichts an der Tatsache selbst, daß dieses Mehl den Vätern zum Verbacken geliefert worden ist und daß die Konsumenten das dumpfig schmeckende Brot voll bezahlten, und verzehren mußten.

Die in unserer Notiz über Ansuchen von Getreide gemachten Angaben sind Äußerungen von Sachverständigen, die diese städtischen Behörden gegenüber getan haben.

Fälschlich totgefragt.

Es war Ende August vorigen Jahres. Da erhielt eine in der Boigtstraße wohnende Familie F. die traurige Nachricht, daß der im Osten kämpfende Sohn gefallen sei. Der Feldwebel, der die Nachricht an die Eltern unterzeichnete, sprach bei der Gelegenheit sein herzlichstes Beileid aus. Auch die dann erscheinende Verlustliste bestätigte noch einmal die schmerzliche Kunde, daß der Sohn durch Kugelschuß gefallen sei. Trauer lehnte in die Familie F. um den erlittenen Verlust ein.

Jetzt nach Jahresfrist bringt der Briefträger eine Karte. Die Mutter traut ihren Augen nicht. Das ist doch die Handschrift ihres Erich. Was? Erich lebt? Ja er lebt; er schreibt es selber. Er teilt mit, daß er sich als Kriegsgefangener in Schlotow in Ostpreußen befindet. Er sei wohl und hat die Mutter, sich um ihn keine Sorgen zu machen. Er nimmt an, daß die Mutter wohl nicht wisse, wo er sich befinde, da er noch keine Nachricht erhalten habe. Die Karte ist datiert vom 10. Juli und dieser Tage angekommen. So groß der Schmerz über die Nachricht von dem Verlust des Sohnes war, so groß die Freude über die überraschende Mitteilung, daß der Totgefragte und Vertraute noch lebe.

Solche Fälle kommen öfter vor, sie sind begreiflich. Bei den sich oft schnell abwickelnden Aktionen sind Vertuschungen nie ganz zu vermeiden trotz aller Gewissenhaftigkeit, mit der zu Werke gegangen werden möge. Die Meldungen über den Verbleib anderer Kameraden werden oft von Kameraden an Vorgesetzte erstattet. Da kann in der Eile schon mal eine Vertuschung und irrtümliche Meldung vorkommen.

Manche Mutter und manche Kriegerfrau wird die Mutter des Kriegsgefangenen in Ostpreußen beneiden und wünschen, daß auch die ihnen gemachte Nachricht vom Tode des Sohnes oder Gatten sich als falsch erweisen möchte.

Gültiges Berliner Dr.-Recht.

(Heranziehung von Grundbesitzern zu Straßenverbreiterungskosten.)

Gemäß ihrem schon 1902 durch einen Gemeindebeschluss kundgegebenen Willen, in Zukunft von dem Recht aus § 9 des Kommunalabgabengesetzes Gebrauch zu machen, beschließen die städtischen Körperschaften von Berlin im Jahre 1908, zu den Kosten der Verbreiterung der Universitätsstraße zwischen Georgenstraße und Dorotheenstraße die Besitzer der auf der Ostseite dieser Straßenstrecke belegenen Grundstücke wegen der ihnen durch die Verbreiterung erwachsenen Vorteile zu Kostenbeiträgen heranzuziehen. Und zwar wurden die Beiträge auf 50 Proz. des Mehrwerts der Grundstücke, den sie durch die Verbreiterung erfahren haben, festgesetzt. Die Bedingungen, unter denen die Heranziehung der Grundbesitzer erfolgen sollte, wurden näher formuliert.

Auf Grund dieses Spezialbeschlusses von 1908 wurde nun im Jahre 1913 die Gesellschaft Bureauhaus, Universitätsstraße 2, 3 und 3a mit 94 578 M. herangezogen.

Die Gesellschaft klagte auf Freistellung und beantragte, den Gemeindebeschluss von 1908 für ungültig zu erklären.

Der Bezirksbau-Schuss wies die Klage ab und erachtete den Gemeindebeschluss für gültig.

Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt die Entscheidung bestätigt.

Zur Begründung wurde unter anderem ausgeführt:

Aus den klaren Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes und aus der Entstehungsgeschichte ergebe sich, daß die Erhebung von Beiträgen gemäß § 9 auch dann zulässig sei, wenn die im öffentlichen Interesse erfolgte Veranstaltung (hier die Straßenverbreiterung) vor der Fassung des Beschlusses über die Erhebung von Beiträgen ausgeführt sei, ja selbst, wenn die Ausführung vor dem Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes erfolgte. Auch handele es sich hier bei der Verbreiterung der fraglichen Straßenstrecke um eine selbständige Veranstaltung gemäß § 9. Von einer grundsätzlichen Ungleichmäßigkeit in der Behandlung der Anlieger der Straßenstrecke, die allein das Ortsrecht ungültig machen könnte, könne hier auch keine Rede sein. Denn die Grundbesitzer der Westseite seien auf Grund tatsächlicher Erwägungen aus Gründen der Angemessenheit und Billigkeit nicht zu Beiträgen herangezogen worden. Die Nachprüfung solcher Gründe liege aber dem Verwaltungsrichter nicht ob. Auch sonst liege keine Ungleichmäßigkeit im Rechtsinne vor. Von Verjährung der Forderung könne ebenfalls keine Rede sein. — Und verheißt schließlich auch der Einwand der Gesellschaft, daß die Aufnahme der Verbreiterungskosten in den städtischen Etat von 1908 eine endgültige Deckung der Kosten bedeutete, so daß ein Verfahren gemäß § 9 des Kommunalabgabengesetzes nicht mehr möglich gewesen wäre. Dieser Einwand, der von Bedeutung sei, werde nämlich dadurch entkräftet, daß der Etat bei diesem Punkte einen Hinweis auf den allgemeinen Beschluss von 1902 enthalte, nach dem in Zukunft von dem Rechte auf Erhebung von Beiträgen aus § 9 des Kommunalabgabengesetzes Gebrauch gemacht werden sollte. Daraus sei auf den Willen der städtischen Körperschaften zu schließen, die Kosten für die Verbreiterung nur vorläufig in den Etat einzustellen, nicht aber eine endgültige Kostenbedeckung durch den Etat vorzunehmen zu wollen.

Nach alledem sei das Ortsrecht (Spezialbeschluss von 1908) rechtsgültig und die klagende Gesellschaft mit Recht zu dem Kostenbeitrage von 94 578 M. herangezogen worden.

Kein späterer Unterrichtsbeginn in Berlin.

Wir lesen in einem hiesigen Blatte folgende Notiz: „Es war von einigen Seiten angeregt worden, an den Berliner Gemeindeschulen den Beginn des Unterrichts statt wie bisher um 8 Uhr in den dunklen Wintermonaten Dezember bis Februar einschließlich um 9 1/2 Uhr beginnen zu lassen. Als Grund für diese Maßnahme wurde angegeben, daß die Kinder bei Beginn der Schule um 8 Uhr oft bei Nacht arbeiten müßten, daß im Westen der Monarchie der Unterricht auch erst um 9 1/2 Uhr anfangen usw. Alle diese Gründe

sind aber nicht stichhaltig befunden worden, und daher wird an den Gemeindeschulen in Berlin der Unterricht auch in der dunkelsten Zeit des Jahres um 8 Uhr seinen Anfang nehmen.“

Unsere Ansicht gegen eine beabsichtigte Verschiebung des Unterrichtsbeginnes haben wir kürzlich dargelegt.

Deputation für das städtische Gesundheitswesen.

Gestern fand im Diengebäude des städtischen Medizinalamtes die erste Sitzung der durch Gemeindebeschluss neu gebildeten Deputation für das städtische Gesundheitswesen statt. Als Mitglieder gehören ihr an die Stadträte Stadtmedizinalrat Geheimrat Dr. Weber, Geheimrat Dr. Mosse, Dr. Franz und Runge, ferner die Stadtverordneten Geheimrat Dr. Landau, Justizrat Galland, Dr. Behl, Dr. Kuhlmann, Dr. Isaac, Burm, Dr. Herzberg und Meyer sowie als Bürgerdeputierte die Universitätsprofessoren Geheimräte Dr. Flügel und Dr. Gabriel.

Der Vorsitzende der Deputation, Stadtmedizinalrat Dr. Weber, gab einen kurzen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte und die Aufgaben der neuen Deputation, deren Tätigkeit von größter Bedeutung für das städtische Gesundheitswesen sein wird. Im Vordergrund der Beratung stand die Frage der Bekämpfung von besonderen Färsorgeschwestern zur Diphtherie-Bekämpfung, eine Frage, die in engem Zusammenhang steht mit den Maßnahmen zur Diphtherie-Bekämpfung, die auf Grund der Magistratsvorlage in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung Gegenstand eingehender Erörterungen bildete. Es wurde beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, alsbald aus dem Bestande der städtischen Schwestern dem Medizinalamt 5 Schwestern zur Verfügung zu stellen, die als besondere Färsorgeschwestern bei der Bekämpfung der Diphtherie tätig sein sollen. Diese Färsorgeschwestern, die in der bakteriologischen Abteilung des Medizinalamtes theoretische und praktische Ausbildung für diese Tätigkeit erhalten sollen, sollen ihre Färsorge in erster Reihe im Anschluß an die Diphtheriebekämpfung in den Schulen den Familien widmen, in denen sich kranke Kinder befinden.

Das Medizinalamt hat für die Obliegenheiten dieser Färsorgeschwestern Zeitfrage aufgestellt, die Billigung der Deputation fanden.

Vom Auto überfahren.

Ein schreckliches Unglück ereignete sich am Dienstagmorgen 4 1/2 Uhr an der Ecke der Rostiz- und Vergmannstraße. Zwei Kinder, ein Mädchen von 6 und ein Knabe von 5 Jahren, überschritten, angefaßt, den Fahrdamm der Vergmannstraße, als ein Auto von der Velle-Mianze-Straße her in voller Fahrt daherkam. Die Kinder hatten fast die Mitte des Fahrdammes erreicht, als sie das Automobil bemerkten. Im ersten Schrecken wollten sie umkehren, liefen aber doch vorwärts. Im nächsten Augenblick geschah etwas Schreckliches. Das Auto bog nach derselben Richtung aus, wohin die Kinder liefen. Ein dumpfes Krachen und zwei Kinderleider lagen regungslos am Boden. Der Knabe mitten auf dem Damm, das Mädchen lag 10—15 Schritte davon und war bis nahe an die Vordachelle geschleudert worden. Schulleute haben die Verunglückten auf, die kein Lebenszeichen mehr von sich gaben. Das Auto war über alle Berge.

Dieser Vorfall gibt allen Eltern die eindringliche Mahnung, den Kindern immer wieder einzuschärfen, vor dem Ueberschreiten eines Fahrdammes erst nach beiden Seiten sich umzusehen, ob auch in der Ferne nicht etwa ein Auto naht. Das Ueberschreiten der Vergmannstraße ist übrigens lebensgefährlich wegen der vielen Autos, die gerade in dieser von Kindern und Erwachsenen belebten Straße fahren.

Kleine Nachrichten. In ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht die 86 Jahre alte Förstnerin Josephine Roll geb. Meienz aus der Besselstraße 15. Sie ist wahrscheinlich am Herzschlag gestorben. Die Leiche wurde zur bestimmten Feststellung der Todesursache besichtigt und nach dem Schaubause gebracht. — Beim Spielen ertrank gestern nachmittags der acht Jahre alte Schüler Willi Schulz aus der Harzer Straße 88 zu Reutlitz. Der Knabe tummelte sich mit mehreren anderen zwischen der Wildenbruchbrücke und dem Eisensteg auf dem Ufer des Reutlitzer Schiffahrtskanals. Dabei kam er der Wöschung, die hier steil abfällt, zu nahe, glitt ab und fiel mit einem lauten Aufschrei ins Wasser. Nur noch einmal tauchte er auf, dann ging er sofort wieder unter und blieb verschwunden, bis man ihn nach längerem Suchen abends als Leiche landete. — Auf der Straße vom Tode überbracht wurde gestern nachmittags der Dr. phil. Wilhelm Schulz aus Zeuthen, ein Mann von 58 Jahren, der sich vorübergehend in Reutlitz aufhielt. Hier brach er vor dem Hause Spremberger Straße 11 plötzlich befehlungslos zusammen und starb schon auf dem Wege nach der Unfallstation in der Steinmehlfabrik im Krankenwagen. Die Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache besichtigt.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg.

In der Sitzung am Mittwoch erfolgte zunächst die Einführung des auf 12 Jahre wiedergewählten Stadtrats und Räumers Scholz. Neugewählt an Stelle des Stadtrats Voll, der auf eine Wiederwahl verjährt hat, und des Stadtrats Sedel, der den Posten des Bürgermeisters von Halle antritt, wurden die Stadträte Göritz aus Danzig und Dr. Goutermans aus Vosen. Sodann genehmigte die Versammlung verschiedene Etatsüberschreitungen, darunter die der zur Feststellung der Mehrvorräte und der Protokollausgabe ausgeworfenen Mittel. Im übrigen erledigte die Versammlung nur unbedeutende Vorlagen und Petitionen. Eine Petition des Haus- und Grundbesitzervereins betr. Erlass der Gemeindegrundsteuer im Verhältnis zu den erlassenen Mieten wurde dem Magistrat als Material überwiesen, ebenso eine Petition des Deutschen Privatbeamtenvereins betr. Errichtung öffentlicher Stellen nachweise. Die für nächsten Mittwoch in Aussicht genommene Sitzung fällt aus Mangel an Beratungstoff aus.

Hausbesitzerwünsche in Wilmerdorf.

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29. September brachte einen Vorstoß der Faktion der Freien Vereinigung zugunsten des „notleidenden Hausbesitzerstandes“. Eben ist das städtische Hypothekenamt eröffnet, aber der Bestand, den diese Einrichtung den bedrängten Hausbesitzern leisten kann, genügt den eifrigen Vertretern ihrer Interessen noch nicht, und die Absicht der Freien Vereinigung geht dahin, Wilmerdorfer Bürgern, denen während des Kriegszustandes oder innerhalb dreier Monate nach dessen Beendigung eine auf höchstens 75 Proz. des Grundstückwertes auslaufende nachstellende Hypothek auf ein in Wilmerdorf gelegenes bebauten Grundstück durch Kündigung oder Zeitablauf fällig wird, den Betrag der Hypothek als verzugsloses Darlehen auf ein Jahr ohne Abzahlungsverpflichtung aus städtischen Mitteln zu gewähren.

Begründet wurde der Antrag von dem Stadtv. v. d. Vorgh, der belämmlich mit der Haus- und Grundbesitzerbewegung aufs engste verknüpft ist, aber er fand schon bei der liberalen Faktion lebhaften Widerspruch. Die Redner der Liberalen, die Stadtv. Cohn, Leibholz, Jouac und Edel, betonten durchweg ihre herzlichen Sympathien mit dem Hausbesitzerstande, aber es gehe dem doch nicht an, daß die Stadt ein Risiko übernehme, wie es der Antrag vorsehe. Es gab eine ziemlich lebhaft Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und dem Herrn von der Vorgh, der u. a. versicherte, es werde ihm ein psychologisches Vergnügen konstataren zu können, daß die liberale Faktion in dieser Frage verjage. Er drohte seinen Gegnern mit der Raube der Hausbesitzer Genosse Dreitschid schloß sich im großen und ganzen den

von liberaler Seite vorgebrachten Bedenken an. Die Stadt dürfe bei Kriegsunterstützungen vor einem Risiko nicht zurücktreten, aber das Risiko, das hier zugunsten der Hausbesitzer und Hypothekengläubiger gefordert werde, sei ungeheuer groß und stehe vor allem nicht im Verhältnis zu den Risiken, die man bei den Beihilfen für andere Schichten einbringe. Es könne dahin kommen, daß die Stadt schließlich auf einer Anzahl von ihr beliebigen Häusern sitzen bleibe. Das sei dann zwar der Anfang von einer Art von Municipalsozialismus und Redner freute sich, Herrn v. d. Vorgh als Mitkämpfer für die Erweiterung von Haus- und Grundbesitz durch die Stadt begrüßen zu können (Herr v. d. Vorgh winkte lebhaft ob), jedoch für richtiger halte er es dann doch, wenn sich die Stadt die Grundstücke und Häuser, die sie besitzen wolle, selbst ausjude. Der sozialdemokratische Sprecher bemängelte auch noch eine Reihe von Einzelheiten der Vorlage, der er in jeder Beziehung ablehnend gegenüberstehe.

Der Gegenstand wurde schließlich an den Finanzausschuss verwiesen, in dem kein Sozialdemokrat ist. Der Magistrat griff in die Debatte nicht ein. Genosse Dreitschid meinte, dieses Schweigen sei hoffentlich darauf zurückzuführen, daß der Magistrat durch eine ablehnende Stellungnahme das „psychologische Vergnügen“ des Herrn von der Vorgh nicht noch erhöhen wolle.

Kindersfürsorge in Reutlitz.

Mit Rücksicht auf die durch den Krieg herborgerufenen schwierigen Familienverhältnisse hat die Kindersfürsorge in Reutlitz seit Kriegsbeginn eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Unter reichlicher Gewährung von Beihilfen aus städtischen Mitteln wurde darauf hingewirkt, daß die Elternteile, Kinder tagsüber unter Aufsicht zu geben, vermehrt wurden. So bestehen jetzt zwei Mädchenhorte, in der Vergstraße 29 und in der Friedelstraße 58, ein Knabenhort in der Steinmehlfabrik 118. Für die noch nicht schulpflichtigen Kinder sind sieben Kindergärten eingerichtet, Kirchstraße 3, Lenaustraße 4—7, Fuldastraße 50/51, Kaufstraße 12, Hermannstraße 214, Weissestraße 84, Delbrückstraße 45. Für die unter zwei Jahre alten Kinder bietet die städtische Kinderkrippe, Canner Straße 42, Gelegenheit zur Unterbringung. Außerdem tragen die vom Freiwilligen Erziehungsbeirat und der Sozialdemokratie eingerichteten Spielnachmittage dazu bei, die Kinder, welche der elterlichen Aufsicht entbehren müssen, den Gefahren der Straße zu entziehen. Um Kindern Gelegenheit zur Einnahme des Mittagessens zu verschaffen, bestehen drei Kindervollstücken des Freiwilligen Erziehungsbeirats in der Steinmehlfabrik 118, Canner Straße 46 und Friedelstraße 58.

Soziales.

Reklamarbeiter oder Betrüger?

Wie diese Frage zu beantworten sei, darüber stritten die Parteien in einer Klage, die am Donnerstag vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts verhandelt wurde.

Kläger war der Sattler Weder. Er forderte von der Lederwarenfabrik Union G. m. b. H. 97 M. Akkordlohn, die zu zahlen sich die Firma weigerte, weil ihrer Angabe nach der Kläger seit längerer Zeit mehr Arbeiten in Anrechnung gebracht und bezahlt bekommen habe als er tatsächlich gemacht haben könne. Derartige betrügerische Schiebungen sollen bei der Union in großem Umfange vorgekommen und verschiedene Arbeiter sollen daran beteiligt gewesen sein. Wie es möglich war, daß mehr Akkordarbeiten abgeliefert werden konnten als die Arbeiter überhaupt angefertigt hatten, konnte nicht aufklärt werden. Schiebungen der angegebenen Art konnten jedenfalls nur ausgeführt werden, wenn man annimmt, daß es im Betriebe der Union an der erforderlichen Kontrolle und geschäftlichen Korrektheit fehlte. Möglicherweise sind die fertigen Arbeiten bei der Berechnung und Verzählung den Arbeitern nicht sogleich abgenommen worden, so daß es möglich war, daß bereits bezahlte Arbeiten am nächsten Lohntage nochmals verrechnet und bezahlt werden konnten. — Ein Zeuge bekundete, der Kläger habe wenig gearbeitet, sei öfter zu spät gekommen, habe einen erheblichen Teil der Arbeitszeit rauchend und Bier trinkend verbracht und trotzdem ungewöhnlich große Mengen Arbeit abgeliefert können. — Zum Beweise dafür, ob ein Arbeiter die vom Kläger in den letzten drei Wochen seiner Beschäftigung abgelieferten Arbeiten überhaupt habe anfertigen können, wurden als Sachverständige der Lederwarenfabrikant Kobau und ein Meister der königlichen Artilleriewerkstatt vernommen. Ihr Gutachten ging dahin: Wenn angenommen würde, daß der Kläger ein ungewöhnlich tüchtiger Arbeiter sei und schneller arbeiten könne als irgendeiner von den vielen, den Sachverständigen bekannten tüchtigen Arbeiter, dann müßte er, um die angegebenen Arbeiten fertigzustellen, in der ersten Woche 85, in der zweiten Woche 87, in der dritten Woche 104 Stunden gearbeitet haben, während die regelmäßige Arbeitszeit in der Union wöchentlich 53 Stunden betrug.

Der Kläger blieb allen Vorhaltungen gegenüber dabei, daß er nur sein ehrlich verdientes Geld fordere. Er habe die fraglichen Arbeiten tatsächlich gemacht. Sie seien nicht immer in derselben Woche, wo sie fertiggestellt waren, abgeliefert und verrechnet worden. Daraus erkläre sich, daß wohl in einer Woche mehr abgeliefert als hergestellt sei, weil Arbeiten aus vorhergehenden Wochen hinzukämen. Er habe allerdings ungewöhnlich viel geleistet, denn er sei ein hervorragender sinner Arbeiter, auch sei es mit der vorchriftsmäßigen Ausführung der Arbeiten in der fraglichen Zeit nicht genau genommen worden. Er brauche für die betreffenden Arbeiten längere Zeit, als ihm die Sachverständigen angerechnet hätten. „Wozu brauchen wir Sachverständige?“ — sagte der Kläger — „ich bin bereit, mich hierherzusetzen und die Arbeiten vor den Augen des Gerichts anzufertigen. Das ist der beste Beweis“.

Das Gericht wies den Kläger mit seiner Forderung ab. Es hielt für erwiesen, daß er die in den fraglichen drei Wochen abgelieferten Arbeiten selbst bei größtem Fleiß und unter Zuhilfenahme von Hebersunden nicht habe leisten können und daß er sich auch früher schon an Betrügereien gegen die Firma beteiligt habe. Der hierdurch der Firma entstandene Schaden sei größer als die Forderung des Klägers. Wenn auch die Aufrechnung eines Schadenersatzanspruches gegen verdienten Lohn unzulässig sei, so habe doch der Kläger gegen Treu und Glauben gehandelt. Seine Forderungen an die Beklagte seien auf einen Verstoß gegen die guten Sitten zurückzuführen und deshalb abzuweisen.

Die Beweiswürdigung des Gerichts forderte zu sehr erheblichen Bedenken heraus. Der Beklagten lag der Beweis ob, daß tatsächlich mehr angerechnet als abgeliefert sei. Den hat sie nach keiner Richtung erbracht. Auch nicht für eine einzige Woche hat sie aufzuklären vermocht, wodurch die vermeintlich falsche Abrechnung erfolgt ist. Die Sachverständigen konnten naturgemäß nichts über das Beweissthema, nämlich darüber bekunden, ob weniger als dem Kläger angerechnet wirklich abgeliefert ist. Wachte aus ihren Aussagen selbst zu folgern sein, daß nicht mehr der Beklagte zu beweisen hatte, daß und wie viel weniger geleistet als berechnet ist, sondern daß nunmehr dem Kläger der Beweis für seine Leistungen oblag, so durfte das Gericht, ohne dem Recht zu nahe zu treten, doch den vom Kläger für seine Behauptungen angetretenen Beweis nicht ablehnen. Die freie Beweiswürdigung des Gerichts in allen Ehren: sie darf aber nicht so weit gehen, daß Annahmen über Möglichkeiten an Stelle der Ueberzeugung von Tatsachen treten. Das schöne Prinzip der freien Beweiswürdigung fordert, daß alle Beweise über erhebliche Punkte erhoben werden, selbst wenn die Behauptungen unwahrscheinlich erscheinen. Erst dann kann eine Würdigung des Beweises eintreten.

Gerichtszeitung.

Änderungen im Gerichtsverfahren.

Mit dem heutigen Tage tritt die Bundesratsverordnung vom 9. September über Entlastung der Gerichte in Kraft, deren Inhalt wir sofort nach ihrem Erscheinen mitgeteilt haben.

Nach der Verordnung ist nach Eingang einer Klage beim Amts- oder Landgericht zunächst ein Zahlungsbefehl zu erlassen, wenn nicht der Kläger glaubhaft macht, daß der Beklagte den Anspruch bestreiten und sich auf die Klage einlassen werde. Wird gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch erhoben, so findet mündliche Verhandlung statt. Wird kein Widerspruch erhoben, so wird der Zahlungsbefehl für vorläufig vollstreckbar erklärt. Gegen den Vollstreckungsbefehl ist der Einspruch zulässig. Im Verfahren vor den Amtsgerichten soll das Gericht, wenn beide Parteien im Termin erscheinen, vor Eintritt in die mündliche Verhandlung die Gültigkeit versuchen. Berufung und Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Anspruch 50 Mark übersteigt. Die Anwaltskosten sind von der unterliegenden Partei nicht mehr zu ersehen, wenn der Streitgegenstand nicht mehr als 50 Mark beträgt und im Verfahren auf Privatklage wegen Verleumdung. Von den weiteren Vorschriften ist hervorzuheben, daß für einen Antrag auf Bewilligung des Armenrechts es endlich der Verbringung eines obrigkeitlichen Zeugnisses über das Unvermögen des Klägers nicht mehr bedarf, wenn ein uneheliches Kind seinen Anspruch auf Unterhalt geltend machen will.

Ungültige Generalkommando-Verordnung.

Am Mittwoch erklärte das Reichsgericht eine auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes vom kommandierenden General des V. Armeekorps erlassene Verordnung, die den Verkehr mit Gefangenen verbietet, aus formellen Gründen für ungültig.

Der kommandierende General des V. Armeekorps hatte auf Grund des Belagerungsgesetzes am 6. November eine Verordnung erlassen, die jeden (auch geschäftlichen) Verkehr mit Kriegsgefangenen und jede unbefugte Unterhaltung mit solchen verbietet und Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis 1000 R. oder einer Haftstrafe bedroht. In der Verordnung war ausdrücklich erklärt, die in § 9b des Belagerungsgesetzes allein zugelassene Gefängnisstrafe solle nicht in Frage kommen. Trotzdem verurteilte das Landgericht Görlitz den Zimmermann Hermann Casper wegen Uebertretung dieser Verordnung zu vierzehn Tagen Gefängnis. Der Angeklagte hatte im Görlitzer Außenlager mit Zimmerarbeiten zu tun und hat unter einem der Gefangenen zugänglichen Bretterstapel in einem Kasten 50 Päckchen Zigaretten, eine Flasche Spiritus, Wurst, Speck und Butter niedergelegt. Die Revision des Angeklagten hielt der Reichsanwalt als ohne Beweis darüber, ob der kommandierende General als oberste Polizeibehörde oder auf Grund des Belagerungsgesetzes habe vorgehen wollen, für bedenklich und beantragte Zurückverweisung in die Vorinstanz. Das Reichsgericht ging über diesen Antrag hinaus. Es sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei:

Der Senat habe die Anordnung des kommandierenden Generals für ungültig erachtet; festgestellt sei allerdings, daß die Anordnung im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes erlassen worden ist. Trotzdem aber erkläre der kommandierende General in der Verordnung selbst, daß die Strafe, die § 9b androht, für Zuwiderhandlungen gegen sein Verbot nicht in Frage kommen soll. Dies sei ein Widerspruch, wodurch die Verordnung selbst ungültig werde.

Aus aller Welt.

Wegen Majestätsbeleidigung und Vergehens gegen das Kriegsgesetz wurde nach der „Post“ der Privatgelehrte George de Wagner in Feucht bei Nürnberg von der Rürnbergger Strafkammer unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte ist der Sohn eines früheren preussischen Offiziers, der später als Vertreter des Fürsten von Monaco am Kaiserhof in Wien tätig war und den Titel eines Comte erhielt, den auch der Angeklagte führt. Dieser hatte das Stuttgarter Gymnasium besucht und später in Rom Philosophie und Theologie studiert, seine Studien aber wegen Krankheit unterbrochen. Nach Kriegsbeginn mußte er sich als Ausländer täglich beim Bürgermeister melden und alle Briefe nach dem Auslande dem Bezirksamte vorlegen. In mindestens drei Fällen hat er Briefe an seine in Rom lebende Schwester oder deren Kammerfrau mit

schweren Beleidigungen des Deutschen Kaisers und der deutschen Behörden gefandt.

Verurteilung eines Ordensschwunders. Die Wiener Strafammer verurteilte den Ordensschwunder Friedrich Gahn zu anderthalb Jahren schweren Kerkers und Verlust des Adelsstandes. Gahn, der auch aus dem großen Pariser Ordensschwunderschwindelprozess bekannt geworden ist, hat unter Verleugung des pompösen Titels Friedrich Graf Guignie de Champans allen Titel- und Ordensschwunders unter Abnahme hoher Gebühren verprochen, ihre Schmerzen zu stillen. Durch alle möglichen Ausreden verfuhr er die Unglückseligen hinabzuhalten, bis diese merkten, daß sie einem Gauner in die Hände gefallen waren.

Sturmflutkatastrophe in Neuorleans. Reuters Bureau meldet aus Neuorleans: Ein Wirbelsturm verursachte Mittwochabend großes Unheil. Zehn Menschen sind tot, 150 verwundet. Der Materialschaden beträgt über 1 Million Dollar. Die Schiffe im Hafen blieben unbeschädigt.

Die Schlagwetterexplosion in Wattenscheid. Von den bei der Schlagwetterexplosion auf Zeche Holland in Wattenscheid verletzten 25 Bergleuten sind sieben ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der Toten steigt damit auf neun.

Vier Menschenleben durch Gasvergiftung vernichtet. In Schwärz (Wiedensberg) hatte die Arbeiterfrau Kahl vor dem Schlafengehen vergessen, den Hauptgasbehälter zu schließen. Durch einen schadhafte Gummischlauch am Kochapparat entwich über Nacht Gas und füllte die Räume der Wohnung, in der alle Fenster geschlossen waren. Frau Kahl und ihre drei Kinder im Alter von 4-10 Jahren wurden durch das entwichene Gas erstikt.

Eisenbahnunfall. Der um 9 Uhr 39 Minuten abends von Seithain in Liebertwolkwitz fällige Personenzug Nr. 4509 entgleiste am Mittwoch bei seiner Einfahrt in den Bahnhof Liebertwolkwitz. Ein Wagen vierter Klasse legte sich um und wurde eine Strecke geschleift. Hierbei wurden zwei Personen tödlich und fünf leicht verletzt.

Großfeuer in einer Wollfabrik. Mittwochabend brach in der Schafwollfabrik von Manuel Hecht in Drän ein großes Feuer aus, der rasch um sich griff. Das vierstöckige Gebäude, in dem sich die Spinnerei und die Appretur befanden, wurde vollständig eingeäschert. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Frost im Harz. Verschiedene Striche des Harzes und Thüringens sind in den letzten Tagen von einem empfindlichen Frost heimgesucht worden. Die Kälte betrug stellenweise bis zu 7 Grad. Durch diesen frühzeitig eintretenden Frost haben die gärtnerischen Betriebe sehr gelitten.

Die älteste Pariser Zeitung eingegangen. Die „Gazette de France“, die älteste in Paris erscheinende Zeitung, teilt mit, daß sie sich „aus freiwirtschaftlichen Gründen“ gezwungen sieht, ihr Erscheinen am 1. Oktober einzustellen. Die „Gazette de France“, die ein Organ der Royalisten war, wurde bereits im Jahre 1832 gegründet.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 841 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 3. und 5. Garde-Reg. a. P.; 7. Garde-Inf.-Reg.; 2. Garde-Reg.-Bat.; Garde-Gren.-Regiment Alexander, Franz (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 55), Elisabeth, Augusta (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 55); Garde-Gren.-Reg. Nr. 5 (s. Inf.-Reg. Nr. 49); Garde-Fuß.-Reg. Garde-Jäger-Bat. (s. Inf.-Reg. Nr. 56). Lehr-Inf.-Reg. Gren., bzw. Inf., bzw. Füsilier-Regiment Nr. 1, 6, 13, 15 (s. auch Inf.-Reg. Nr. 56), 16 (s. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 55), 19, 21, 22, 25, 31, 32, 33, 34, 36, 38, 42, 49, 54, 55 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 55), 56, 59, 60, 69, 71 (s. auch Inf.-Reg. Nr. 32), 72, 79 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 73), 84, 92, 94, 98, 99, 109, 111, 113, 114, 115, 117, 118, 128, 129, 132, 140, 141, 142, 143, 145, 148, 150, 152, 153, 154, 156, 157, 159, 163, 164, 165, 168, 169, 172, 175, 185, 303. Ref.-Inf.-Regiment Nr. 3, 18, 19, 21, 22, 26, 51, 55, 56, 59, 60, 71, 73, 84, 88, 94, 109, 111, 116 (s. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 55), 118, 214, 215, 217, 219, 220, 221, 224, 227, 231, 251, 254, 262, 267. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 2, 4, 18 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 84), 24, 25, 32, 34, 46, 55, 60, 71, 72, 84, 85, 98, 110, 116, 118. Landw.-Ers.-Inf.-Regiment Nr. 2 und 3. Landw.-Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 9 (s. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 2), 43 (s. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 3). Landw.-Inf.-Bataillone: I Bromberg, I Gleiwiß, I Glogau, I und II Dagenau, Konig, I Vignitz, II Potsdam, II Saarbrücken, II Stolp, Torgau, 4 Landst.-Inf.-Ers.-Bat. des 4. Armeekorps, Jäger-Reg. Nr. 2; Bataillone Nr. 2, 4 (s. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 21), 14; Ref.-Bataillone Nr. 2, 5, 6, 10 (s. Jäger-Reg. Nr. 2), 16, 21, 22. Ref.-Radf.-Kompagnien Nr. 54 und 82. Maschinengew.-Abteilungen Nr. 1 und 9; 2. Ers.-Maschinengew.-Komp. des 1. Armeekorps;

Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 134 (s. Inf.-Reg. Nr. 172). Inf.-Schießschule (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 55).

Kavallerie: 1. Garde-Dragoon; Schwere Ref.-Reiter Nr. 3; Dragoner Nr. 10 und 16; Ref.-Quieren Nr. 5; Ulanen Nr. 10; Ref.-Ulanen Nr. 5; Ref.-Reg. Nr. 49.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 1, 5, 11, 14, 17, 20, 21, 25, 38, 41, 46, 57, 58, 59, 82, 203, 213; Ref.-Regimenter Nr. 7, 15, 16, 18, 20, 22, 45, 46, 49, 67, 70; Landw.-Reg. Nr. 9. Gebirgsartillerie-Batterie Nr. 4.

Fußartillerie: 1. Garde-Reg.; 1. Garde-Landw.-Fußart.-Bat. Regiment Nr. 1 (s. auch Feldart.-Reg. Nr. 1), 9, 13; Ref.-Reg. Nr. 3; Landw.-Bat. Nr. 6. Batterien Nr. 213 und 365.

Pioniere: 1. Garde-Bat.; Regiment Nr. 29 und 30; Bataillone: II Nr. 3, I Nr. 6, I Nr. 8, I Nr. 10, I und II Nr. 15, I und II Nr. 17, II Nr. 21, II Nr. 26; Ers.-Bat. Nr. 5; Komp. Nr. 246; Ref.-Komp. Nr. 46. 1. Landw.-Pionier-Komp. des 9. Armeekorps (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 85). Leichte Minenwerfer-Abteilungen Nr. 208 und 282; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 103. Schwere Funkenstation Nr. 20.

Strassenbau-Komp. Nr. 43.

Kriegsakademie (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 55).

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 224 enthält Verluste der Minierbataillone Nr. 1; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 3; Ref.-Pionier-Bataillone Nr. 2, 3; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 16, 17; Pionier-Bat.-Komp. Nr. 17; Pionier-Bat.-Komp. Nr. 6 (2. Armeekorps); Armierung-Bataillone Nr. 1 und 2; Ref.-Art.-Kolonnen Nr. 10; Feldbäckerei-Kolonnen 1, 3. Armeekorps; Sanitäts-Komp. 2, 2. Armeekorps; Verlichtigungen früherer Verlustlisten.

Die sächsische Verlustliste Nr. 200 bringt Verluste des Inf.-Reg. Nr. 178; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 101, 102, 106, 133, 241, 243; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 101, 104, 107; Landst.-Inf.-Reg. Nr. 19; Landst.-Bataillone: Rittau (XII. 7), Leipzig (XIX. 1), (XIX. 4), (XIX. 5), Burgen (XIX. 9); Ers.-Bat. Leipzig (XIX. 6); Ref.-Jäger-Bat. Nr. 12; Radf.-Komp. Nr. 58; Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 73, 177, 180, 181; Feldart.-Regiment Nr. 28, 48; Ers.-Abteilungen der Feldart.-Regimenter Nr. 28, 48; Pionier-Bataillone: I Nr. 22; II Nr. 22; Fernspr.-Abt. Nr. 12, 12. Armeekorps; Ref.-Fernspr.-Abt. Nr. 12, 12. Ref.-Armeekorps.

Die württembergische Verlustliste Nr. 275 enthält Verluste des Ers.-Inf.-Reg. Nr. 61; Inf.-Reg. Nr. 120; Füsilier-Reg. Nr. 122; Inf.-Reg. Nr. 124; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 124; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 187; Sanitäts-Komp. Nr. 2; Verluste durch Krankheiten; Verlichtigungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Mariendorf. Dienstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: 1. Vortrag, der aus drei Vorträgen bestehend Vortragserie über „Europäische Gesellschaften“, Referent: Genosse Breitscheid. Die Teilnahme an allen drei Abenden kostet 20 Pf. Arznerfrauen und Jugendliche frei. Sämtliche Vorträge haben bei Densches, Chausseestraße, statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Col rechte, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 2 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Aufschuß und eine Adreß als Verzeichnis beizufügen. Beispieltententwurf wird nicht erstellt. Anfragen, denen keine Abonnementsbezahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

100. C. B. Wenden Sie sich an die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, Kottbusplatz 3. — **N. 8. 102.** Hat der im Kriege gefallene Sohn für den Unterhalt der Mutter gesorgt, so kann die Mutter auf Kriegserlohn stellen. Der Antrag ist unter Beibringung der Geburts- und Sterbeurkunde des Sohnes beim Volksehrer oder Bezirkskommando einzureichen. Hat der jetzt im Felde stehende Sohn für den Unterhalt der Mutter gesorgt, so kann die Mutter auf Kriegserlohn bei der Steuerkasse ihres Bezirkes stellen. — **W. D. 79.** 1. Ja. 2. Strafbar nicht, die Sachen können aber nach dem 16. November enteignet werden. 3. Gehört sich aus der vorliegenden Beantwortung. Der künftige Kessel wird jetzt ziemlich hoch bezahlt; Sie können ja, wie es viele Frauen tun, aus dem Erbsich event. einen Binnkessel lassen. — **W. D. 37.** Da Sie jetzt in andere verpflichtungspflichtige Beschäftigung eingetreten sind, so müssen Sie Ihren Austritt aus der anderen Krankenliste melden. Sie können nur noch einer Zulassungsliste angehören. — **H. 9.** 1. Ungenügend, dienstuntauglich. 2. Unfähig auch als Arbeitslohn. 3. Wahrscheinlich nicht. — **S. 123.** Sie haben Anspruch auf Wohnung. Bringen Sie sich mit einem Antrag an die Bataillonskasse. — **S. R. 100.** Mariendorf. Ihr Mann hat keinen Anspruch auf Krankenlohn. Nur wenn die Erkrankung bis zum 29. Mai eingetreten wäre, hätte noch Anspruch bestanden. Sie hätten die Versicherung fortsetzen müssen. — **W. D. 90.** Rein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmorgen. Zeitweise heiter, aber noch kühl und veränderlich, mit öfter wiederholten, im allgemeinen geringen Regenschauern.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Kollege Crampton.
Sonnabend: Judith.
Sonnt. 2 1/2 U. (Kl. Preise): Hamlet.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der Weibsteufel.
Sonnabend: Weibsteufel.
Sonntag 2 1/2 Uhr (Kl. Preise): Die deutschen Kleinstädter.
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: Die Räuber.
Sonnabend: Der Kaufmann von Venedig.

Rose-Theater.
8 Uhr: Die Kriegsbraut.
Sonnabend 4 1/2 U.: Hünkel u. Gretel.
Sonntag 3 Uhr: Witterfagen.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Zum 1. Male: Aus der Jugendzeit.
Sonntag 8 Uhr: Die Räuber.

Apollo
Friedrichstr. 215
Tel.: Lützow 7341

Anhaltender Erfolg
der gesamten
Kunststoffe!
14
Schlager!
Kleine Preise! Anf. 8 Uhr
Billetverkauf: 11-1 und
Invalidendank.

Theater für Freitag, den 1. Oktober.

Berliner Theater
8 Uhr: Extrablätter.
Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr: Seine einzige Frau
Lessing-Theater.
8 Uhr: Don Juan.
Deutsches Opernhaus Charlottbz.
8 Uhr: Der Wildschütz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 1/2 U.: Der Vogelhändler.
Gobr. **Herrnfeld.** Theater
8 Uhr: Benjamin macht alles.
Kleines Theater.
8 1/2 U.: Ein kostbares Leben.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein.
Sonnt. 3 1/2 U.: Gold gab ich für Eisen.
Komödienhaus
8 Uhr: Die Frau von 40 Jahren.

Lustspielhaus.
8 1/2 U.: Herrschafft. Diener besucht
Montis Operetten-Theater
Gastspiel Louis Treumann.
8 Uhr: Heheht tanzt Walzer
Residenz-Theater
8 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Wohlthäter der Menschheit.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Mein Leopold.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Sonnt. 3 1/2 U.: Der Graf v. Luxemburg.
Theater des Westens
Heute: Gschlossen. Morgen
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:
Der künstliche Mensch.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Hedda Gabler.
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: Lehmanns Kinder

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Berliner Konzerthaus.
Im neuen Schmuck.
Heute: Großes Konzert.
Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen Sonnabend, den 2. Oktober:
Feler des Geburtstages Sr. Exzellenz des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg durch großes Doppel-Konzert. Anfang 8 Uhr.

BVSCH
Heute Freitag 8 Uhr:
der armlose
Onhan, Kunstschtze
u. d. übrig. glänzend. Nummern.
Morgen
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Große
Sonder-Nachmittagsvorstellung
jeder Erwachsene 1 Kind frei,
weitere Kinder halbe Preise,
ebenso Militär vom Feldwebel
abwärts.
Anfang des Abend-
programms 8 Uhr.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Freitag, den 1. Oktober:
**Das Milchmädchen
von Schöneberg.**
Gesangspöhe i. 3 Akt. v. Mannhdt.
Ab Montag: Geige Liebe.
Reiseneröffnung 7 Uhr. Am. 8 Uhr.

WINTERGARTEN
Guido Thielscher:
„Wie repariere ich mein Auto“.
„Venus im Grünen“
Operette von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Eise Berna — Ida Russka
Gustav Matzner — Julius Spielmann.
Käte Erholz-Nelson
Am Klavier: Rudolph Nelson
sowie das
große
Eröffnungs-Programm.

URANTA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
**Von den Karpathen
bis Brest-Litowsk.**

Theater-Folies-Caprice
8 1/2 U.
Posen-Theater
Onkel Mendelsohn
Citrons geben sich die Ehre
mit Leonhard Haskel
und Siegfried Berisch.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Zum 241. Male:
Im Schützengraben
Wittlicher. Heil-
bild von Krenjel.
Künstlerperlonen
u. deren Angehör-
igen willkommen
freier Zutritt zu
d. Stett. Sängern.

Zur Silberhochzeit des Ge-
nossen
K. Rolack
gratullieren mehrere Genossen.
Bes. 22 A. Restföln.

Casino-Theater
Lohseinger Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Die neue Berliner Volkspoppe
Familie Schnafz.
Hedelin, Landlung, Urdelin, Figuren,
Vorher der erstk. Spezialitäten-Tell.
Sonnt. f. d. ganze Woche u. 11-2 Uhr.
Sonnt. 4 Uhr: Der liebe Fridolin.

Amstel
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
4 Trümpe 4
Lucy Kieselhausen!
in ihren Tanzdichtungen.
Robert Steidl!
der Unverwundliche,
„Der Amerikaner“!!!
Komödie v. Margwill.
Otto Reuter!!!
in seinen Neuheiten
und das neue unübertreffl.
Oktober-Programm.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschl. — Geschäftsstelle Groß-Berlin**
Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelauer 15, Saal 1:
General-Verammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Am Saalzugang muß
Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte zur Abstempelung vorgelegt werden,
sonst kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.
143/8

„Eigentum des Vorstandes der SPD“

Herrmann Tietz

Freitag **Großer Lebensmittel-Verkauf** Sowie Vorrat
Fleisch nur Leipziger Straße und Alexanderplatz **Fische**

Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund 1 ⁰⁰	Kalbshaxe Pfund 80 Pf.	Leb. Schleie u. Karpfen . . . Pfund 1 ¹⁵	Bratschollen <i>großfallend</i> . . . Pfund 25 Pf.
Roastbeef mit Knochen Pfund 1 ⁰⁰	Hammelkeule im Ganssen . . . Pfund 1 ³⁵	Lebende Aale Pfund 1 ⁰⁰ bis 1 ⁶⁰	Rotzungen mittelgroß Pfund 55 Pf.
Rinderkamm Pfund 95 Pf.	Pökelbrust Pfund 1 ³⁰	Lebende Bleie Pfund 55, 75 Pf.	Kabeljau-Klippfisch ^{halb-trock.} Pfund 48 Pf.
Gulasch Pfund 1 ⁰⁰	Pökelzunge Pfund 1 ²⁰	la frische Bleie Pfund 48 Pf.	Schellfisch-Klippfisch ^{kana-trock.} Pfund 58 Pf.
Kalbskeule geteilt Pfund 1 ⁴⁰	Pökelkamm Pfund 1 ⁶⁰	Schellfisch Pfund 32, 40 Pf.	Delikatess-Klippfisch ^{Paket für 4 Person.} 65 Pf.
Kalbsvorderfleisch Pfund 1 ²⁰	Kassler im Ganssen Pfund 1 ⁶⁰	Kabeljau im Ganssen . . . Pfund 35, 45 Pf.	Salzheringe zum Einlegen . . 10 St. 35 Pf.
		Knurrhahn Pfund 38 Pf.	Matjesheringe <i>neue holl.</i> 8 St. 50 Pf.

Feldpost-Artikel

Ochsenschwanzsuppe	} 105
Jägersuppe mit Fleischklößen . .	
Linsensuppe mit Fasan	
Corned Beef	} 150
Würstchen in Dosen	
Hamb. Rauchfleisch mit Gemüse	
Fasan mit Sauerkohl	} 215
Rehbraten	
Kalbsfrikasse	
Sardellen-Butter	} kleine Tube große Tube
Anchovis-Paste	
Fleisch-Pains Tube	35 Pf. 70 Pf.

Dies ist nur eine kleine Auswahl unseres reichhaltigen Lagers

Obst, Gemüse

Gr. Kochäpfel Pfd. 15 Pf.
Goldparmäne . 2 Pfd. 35 Pf.
Tirol. Köstliche 2 Pfd. 35 Pf.
Kochbirnen . . . 3 Pfd. 25 Pf.
Luisenbirnen . . . Pfd. 15 Pf.
Kaiserkronen . 2 Pfd. 35 Pf.
Weintrauben . . . Pfd. 65 Pf.
Tomaten Pfd. 25 Pf.
Zitronen Dtzd. 30, 40, 50 Pf.
Kürbis Pfd. 5 Pf.
Weisskohl Pfd. 7 Pf.
Wirsingkohl Pfd. 10 Pf.
Rotkohl Pfd. 9 Pf.
Mohrrüben 3 Pfd. 25 Pf.

Kolonialwaren

Kartoffelmehl Pfund 30 Pf.
Maismehl Pfund 43 Pf.
Tapiokamehl Pfund 40 Pf.
Erbсенmehl (1 Pfund für 20-25 Teller) . . . Pfund 60 Pf.
Maisgrüss Pfund 45 Pf.
Gerstenflocken Pfund 55 Pf.
Schnittnudeln . . . Pfund 60 Pf.
Gebr. Kaffee veredelt durch das Thumesche Verfahren Pfund 140 150 160 180
Kaffeespez-Mischung aus Bohnen-Kaffee und Surrogaten Pfund 90 Pf.

Wurstwaren

Zerelatwurst Pfund 2 ⁵⁰
Salamiwurst Pfund 2 ⁵⁰
Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund 2 ²⁵
Jagdwurst Pfund 2 ⁰⁰
Knoblauchwurst Pfund 2 ²⁰
Brüh-Mettwurst Pfund 1 ³⁰
Landleberwurst Pfund 1 ⁶⁰
Zwiebelwurst Pfund 1 ¹⁵
Rotwurst Pfund 1 ³⁰
Sülzwurst Pfund 1 ¹⁰

Kuchenmehl
backfertig mit Milch, ohne Brotmarke . 1 Pfund-Paket 78 Pf.

Das Kind richtig bekleiden

Freitag

praktisch · haltbar · hübsch · preiswert
dazu helfen in den Ferien unsere

Sonnabend

Kindertage

Schul-Anzug
aus haltbaren gemusterten Stoffen für ca. 5 bis 10 Jahre, für ca. 5 Jahre . . .
jede weit. Größe 90 Pf. mehr

Burschen-Anzug
a. neuen gemust. Stoffen, ganz gefüt., für ca. 9-14 Jah., f. ca. 9 Jahre . . .
jede weit. Größe 1.00 mehr

Matrosen-Mantel
aus marine Cheviot mit Armstickerie, warm gefüttert, für ca. 5 bis 7 Jahre . . .
für 8 bis 10 Jahre . . . 7.00

Mädchen-Kleid
aus neuen karierten Stoffen mit Faltenrock, 60 bis 70 cm
72-85 cm 7.00 90-100 cm 8.00

Mädchen-Mantel
aus gemust. Winterstoff, m. Astrachan-Kragen, ca. 60-100cm lang, ca. 60 cm lang
jede weit. Größe 1.00 mehr

Mädchen-Kleid
aus marine Cheviot mit marine Kragen, ca. 60-100cm lang, ca. 60 cm lg.
jedeweit. Größe 75 Pf. mehr

Kinderhüte

Sammet-Südwester mit Seldenschnur	2 ⁵⁰
Sammet-Südwester mit Sportband	2 ⁹⁰
Sammet-Kappe mit Wagnerkopf für Kinder und Backfische . . .	5 ⁷⁵
Sammet-Glocke mit Taffet, Unterrand	6 ⁷⁵

Kinderwäsche

Mädchenhemd. Fasnachtschnitt m. Stickerel versiert 45-100 cm lg. 95 Pf. bis 2 ²⁵
Mädchenbeinkl. Knieform mit Stickerel-Ansatz 30-65 cm lg. 1 ¹⁰ bis 1 ⁸⁵
Nachthemden für Mädchen, halstfrei m. Stickerel garniert 65-120 cm lg. 2 ³⁵ bis 4 ³⁵
Knabenhemden mit Matrosen-Anschnitt 45-85 cm lg. 75 Pf. bis 1 ⁶⁵

Kinderstrümpfe

Kinderstrümpfe Wolle plastiert, 1x1 gestriekt, schwarz Gr. 1-9 55 Pf. bis 1 ¹⁵
Kinderstrümpfe reine Wolle, 1x1 gestr., schwarz Gr. 1-9 85 Pf. bis 2 ⁰⁵
Kind-Leibhöschen wollgemischt Gr. 55-95 1 ⁴⁵ 1 ⁹⁰
Reform-Beinkleider für Mädchen, Trikot mit angew. Futter 1 ⁷⁵ 2 ⁷⁵

Kinderschuhe

Mädchen-Stiefel dauerhafte Verarbeitung 27 8 ⁹⁰ 31 9 ⁹⁰
Backfisch-Stiefel bequeme Form Grösse 36/40 12 ⁵⁰
Jünglings-Stiefel sehr dauerhaft Grösse 36/39 10 ⁹⁰
Turnschuhe sehr praktisch 25 2 ⁷⁰ 31 3 ¹⁰ 36 3 ⁷⁰

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Petersburger Viertel. Bez. 373.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossin, Frau
Hedwig Otto
Schreinerstr. 20,
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 2. Oktober, nach-
mittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle
des Centralfriedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
215/2

Am Dienstag, den 28. September,
entschied infolge einer Operation
meine liebe Frau
Berta Breitenfeld
geb. **Stegler**.
Dies zeigt tiefbetrübt an ihr
trauernder Gatte nebst Eltern,
Schwiegereltern und Schwägern
Max Breitenfeld
kleine Präsidentenstr. 1.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 3. Oktober, mittags 1 Uhr, von
der Halle des neuen Sophien-Fried-
hofes, Preussenallee Straße, aus statt.

Zum Sterbetag
meines lieben unvergeß-
lichen Mannes.
Vor einem Jahr, da nahm der
Weltkrieg mit mein höchstes Glück.
Du mein geliebter Mann lebst
nimmermehr zurück.
Verlassen bin ich und die Deinen.
Die heißen Tränen um Dich Ge-
liebten weinen.
Er ging dahin, den ich so innig
liebte,
Der gute Gatte, meines Lebens
Glück.
Er ging dahin, der nie mein Herz
betrübte,
Und ließ mich einsam, trostlos hier
zurück.
Ich hab' ein schönes, kurzes Glück
beseffen,
Run schlummert es auf ewig un-
vergeffen.
Wenn uns auch bricht das
blutende Herz,
Wir müssen ertragen den surch-
baren Schmerz.
Im tiefsten Schmerz 1099
Ww. Anna Wilhelm.
Oberlößnitz, den 1. Oktober 1915.

Münzen kauft Ball.
Münzenhandlung,
Wilhelmstr. 46/47.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die kranke
Nachricht, daß mein über alles geliebter, unvergeßlicher Mann,
der Händler
Fritz Döhning
am 2. August im Lazarett infolge Kopfschusses im blühenden Alter
von 32 Jahren verstorben ist.
Im tiefsten Schmerz im Namen Unseliger Hinterbliebenen
Die trauernde Witwe Frida Döhning.
Neußän, Heibelberger Str. 80. 568

Röpenick.
Für die aufrichtige Teilnahme und
reiche Krankspende bei der Beerdi-
gung unserer teuren Entschlafenen
sagen hiermit besten Dank 1088
B. Lietsche
nebst Tochter **Frida** und Sohn
Erich mit Frau

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.
Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9^{1/2} Uhr:
Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher
sowie Rundschleifer
in Obiglos Feststätten (früher Keller), gr. Saal, Köpenstr. 29.
Tagesordnung:
1. Die Errichtung einer Zentralstelle für die Arbeits-
nachweise der Provinz Brandenburg.
Referent: Kollege **Adolf Cohen**.
2. Bericht über die gegenwärtige Lage.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Zur besonderen Beachtung! Es werden wichtige, im Interesse der
Allgemeinheit liegende Fragen berührt, und es ist Pflicht aller Kollegen
und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Ferner werden die Eintrittskarten für den am 31. Oktober er-
stattenden Ausstehend ausgegeben.
120/5 Die Ortsverwaltung.